

Ausschuss für Kultur und Medien

Kurz-/Wortprotokoll

11. Sitzung (öffentlich)

Berlin, Mittwoch, dem 7. Mai 2003, 15.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4.400

Vorsitz: Abg. Monika Griefahn, MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **S.5**

Tagesordnungspunkt 1 a **S.5**

Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, zu den Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen 2003/2004

Tagesordnungspunkt 1 b **S.8**

Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, zum aktuellen Sachstand und zur weiteren Entwicklung bei der Rückführung von kriegsbedingt verbrachten Kulturgütern

Tagesordnungspunkt 2 **S.11**

Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Europäischen Verfassung Gestalt geben - Demokratie stärken, Handlungsfähigkeit erhöhen, Verfahren vereinfachen
BT-Drucksache 15/548

Tagesordnungspunkt 3 a **S.12**

Antrag der Abgeordneten Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Friedbert Pflüger, Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
40 Jahre deutsch-französischer Freundschaftsvertrag - für eine neue Qualität und Dynamik der deutsch-französischen Beziehungen
BT-Drucksache 15/200

Tagesordnungspunkt 3 b **S.12**

Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
40 Jahre Elysée-Vertrag - die deutsch-französische Zusammenarbeit fortentwickeln und in gemeinsamer Verantwortung für Europa die Zukunft mitgestalten
BT-Drucksache 15/296

Tagesordnungspunkt 4 a **S.13**

Mitteilung der Kommission
Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen eEurope 2002 Abschlussbericht
EU-Drucksache 6407/03

Tagesordnungspunkt 4 b **S.13**

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Gründung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit
EU-Drucksache 6410/03

Tagesordnungspunkt 4 c **S.13**

Bericht der Kommission
Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat Bewertung der Anwendung der Richtlinie 98/34/EG im Bereich der Dienste der Informationsgesellschaft
EU-Drucksache 6525/03

Tagesordnungspunkt 5 **S.13**

Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002 und Stellungnahme der Bundesregierung
BT-Drucksache 15/788

Tagesordnungspunkt 6 **S.13**

Gespräch über die Bedeutung der Baukultur in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse des 1. Konvents der Baukultur (4./5. April 2003) mit

PStS Achim Großmann, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Staatsministerin Dr. Christina Weiss, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Peter Conradi, Präsident der Bundesarchitektenkammer
Prof. Dr. Laurenz Demps, Humboldt-Universität, Berlin

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

SPD

Barthel, Eckhardt
Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Kubatschka, Horst
Schröter, Gisela
Tauss, Jörg

Bülow, Marco

CDU/CSU

Blank, Renate
Gauweiler, Dr. Peter
Neumann, Bernd
Nooke, Günter
Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm

Stetten, Christian Freiherr von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roth, Claudia
Vollmer, Dr. Antje

Sowa, Ursula

FDP

Otto, Hans-Joachim

Mitglieder des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

CDU/CSU

Lucyga, Christine

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ministerien

Maurus	BKM
Hünefeld	BKM
Laitenberger	BKM
Breuer-Glein	AA
Rauer	AA
Paerr	AA
Möwes	BKM
Poeschke	AA
Tschacher	BMWA
Jürgens	BMVBW
Bias-Engels	BKM
Söfker	BMVBW
Marten	BMVBW

Fraktionen

Gehrke	CDU/CSU
Hermanns	FDP
Levy	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
von Büнау	FDP
Kunz	SPD
Drechsler	SPD
Maluch	FDP
Lohs	FDP
Meyberg	SPD

Bundesrat

Heim	LV Sachsen-Anhalt
Suermann	LV Hessen
Dietzen	LV Thüringen
Harbich	LV Bayern

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende** erklärt, dass die Sitzung wegen der Besichtigung des Deutschen Historischen Museums um 18.00 Uhr spätestens um 17.45 Uhr enden solle. Sie bittet darum, den vorgesehenen Zeitplan für die Sitzung einzuhalten: Die Obleute hätten vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte 1a und 1b in der ersten halben Stunde bearbeitet werden sollten. Die Tagesordnungspunkte 2 sowie 3a und 3b sollten dann möglichst in der zweiten halben Stunde behandelt werden. Die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 4a solle ohne Aussprache zur Kenntnis genommen, die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 4b und 4c sollten dem Unterausschuss „Neue Medien“ zugeleitet werden. Der Bericht unter Tagesordnungspunkt 5 (neu) solle ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis genommen werden. Um 16.00 Uhr solle dann mit dem Gespräch zur Baukultur begonnen werden.

Tagesordnungspunkt 1 a

Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, zu den Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen 2003/2004

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM) erläutert kurz ihre soeben verteilte Tischvorlage, eine gestern verabschiedete Erklärung des Europäischen Rats zu Zerstörungen von Kulturgütern und Kunstraub im Irak. Es sei wichtig, an die Museumsdirektoren und Galeristen zu appellieren, entsprechende Kunstgegenstände aus dem Irak nicht zu erwerben und ihr Auftauchen umgehend anzuzeigen. Einige Länder hätten bereits Interpol eingeschaltet.

Die **Vorsitzende** fügt hinzu, dass sich die Obleute darauf verständigt hätten, das Thema der im Irak geraubten Kunstgüter in der nächsten Ausschusssitzung ausführlich zu behandeln.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM) erläutert, dass auf der Grundlage einer Vereinbarung vom 25. September 2001 zwischen ihrem Amtsvorgänger, Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin und dem russischen Kulturminister Schwydkoi, zwei Jahre lang, von 2003 bis 2004, die Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen stattfinden würden. 2003 würde russische Kultur in Deutschland, 2004 deutsche Kultur in Russland gezeigt werden. Das Ziel dieser Kulturbegegnungen sei es, einen aktuellen, öffentlich wirksamen Beitrag zur Intensivierung der deutsch-russischen Beziehungen zu leisten. Viele Projekte seien aus gemeinsamer Initiative entstanden. Nach Ablauf dieser zwei Jahre werde es sicher auch zu einer ganzen Reihe von spontanen Kooperationsverabredungen kommen. Insbesondere sollten Künstlerinnen und Künstler, aber auch die Leiterinnen und Leiter der Kulturinstitutionen miteinander in Kontakt gebracht werden, um darüber weitere gemeinsame Projekte zu initiieren. Die Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen seien von den beiden Schirmherren, Bundespräsident Johannes Rau und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, am 9. Februar 2003 mit einem Festakt in Berlin eröffnet worden. Sie sei am letzten Samstag mit dem russischen Kulturminister Schwydkoi beim Start des ersten großen Projekts, der Musikfestspiele Saar, anwesend gewesen. Sie verweist auf die verteilte Broschüre „Kulturen im Dialog“, in der die verschiedenen

Projekte der Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen, die in diesem Jahr stattfinden, beschrieben seien.

Vom Auswärtigen Amt und vom Russischen Kulturministerium werde die Veranstaltungsreihe „Russische Kulturtage in Deutschland 2003/2004“ geplant und finanziert, in der es insbesondere um die Präsentation des jungen russischen Theaters und um das Projekt „Kultur verbindet Städte“ gehe. Sie bemerkt, dass ihr Haus für die Restaurierung der Konzertorgel der St-Petersburger Philharmonie zum 300. Jubiläum der Stadt St. Petersburg einen Betrag von 1,4 Millionen Euro zur Verfügung stelle. Darüber hinaus seien 1 Million Euro für weitere Kulturprojekte, unter anderem für eine Buchserie und Filmstaffel zur russischen Literatur, zur Verfügung gestellt worden. Die Kulturstiftung des Bundes fördere innerhalb ihres Programmschwerpunktes Osteuropa bislang 9 Projekte im Rahmen der Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen. Insgesamt sei für alle Maßnahmen ein Finanzrahmen in Höhe von ca. 15 Millionen Euro bereitgestellt worden. Die BKM stelle davon 2,4 Millionen Euro, die Berliner Festspiele 5 Millionen Euro, wovon 3 Millionen Euro von der Kulturstiftung des Bundes und 2 Millionen Euro von der BKM eingebracht würden, das Auswärtige Amt stelle 3,5 Millionen Euro, die Kulturstiftung des Bundes weitere 2,2 Millionen Euro und Länder, Kommunen sowie private Träger brächten insgesamt noch einmal 2,2 Millionen Euro auf. Zur Mitfinanzierung der Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen würden auf allen Ebenen erhebliche Anstrengungen zur Gewinnung von Sponsoringmitteln unternommen werden. Dabei werde deutlich, dass Sponsoren eher bereit seien, sich an Veranstaltungen in ihrer Region zu beteiligen. Zur Gesamtübersicht der Veranstaltungen sei eine regelmäßig aktualisierte Internetseite www.deutsch-russische-kulturbegegnungen.de eingerichtet worden. Flankiert würden die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit durch eine Medienpartnerschaft mit der Deutschen Welle und dem Fernsehkanal 3sat. Das Jahr 2004 der Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen, mit Schwerpunkt der Präsentation der deutschen Kultur in Russland, sei in Vorbereitung. Federführend und koordinierend verantwortlich sei das Goethe-Institut Moskau. Mit ihrem russischen Amtskollegen Schwydkoi habe sie am 5. Mai 2003 in Berlin über die weiteren Planungen für 2004 gesprochen. Konkret seien bereits einige Projekte: Im Februar 2004 werde es in mehreren deutschen Städten ein Gastspiel der Staatsoper Nowosibirsk mit einer Oper von Alfred Schnittke geben, ab März 2004 werde die Ausstellung „Berlin-Moskau / Moskau-Berlin 1950-2000 in Moskau zu sehen sein, im Juni 2004 würden die Internationalen Filmfestspiele Moskau mit einer Reihe deutscher Filme stattfinden. Es sei vorgesehen, die Veranstaltungsreihe in Russland mit einer Käthe-Kollwitz Wanderausstellung zu beschließen, allerdings sei hierfür die Finanzierung noch nicht ganz gesichert. Die weiteren Planungen für das Jahr 2004 würden in nächster Zeit konkretisiert werden. Bis Ende Mai 2003 werde sie eine Liste der geplanten Maßnahmen für 2004 zusammenstellen, die sie dem Ausschuss zuleiten werde.

Abg. Günther Nooke (CDU/CSU) bittet die Staatsministerin, die finanziellen Erläuterungen zu den Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen schriftlich mitzuteilen. Außerdem möchte er genau wissen, von wem welche Veranstaltung finanziert werde. Abschließend fragt er, ob man die Organisation der Vielzahl von Veranstaltungen nicht besser in eine Hand gegeben hätte, um mehr Effizienz zu gewährleisten.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM) antwortet, dass dann eine solche Vielzahl von verschiedenen Veranstaltungen nicht möglich gewesen wäre. Seitens der BKM seien frühzeitig allen Partnern, die Veranstaltungen durchführten und sich finanziell beteiligten bzw. Projekte finanzierten, die thematischen Kulturbereiche mitgeteilt worden. Ein Netzwerk von Partnern sei die beste Möglichkeit, um bei begrenzten eigenen finanziellen Mitteln große Veranstaltungsreihen zu realisieren. Dies mache zum Beispiel auch Kosten für Agenturen überflüssig.

Abg. Heinrich-Wilhelm Ronsöhr (CDU/CSU) fragt, ob im Rahmen der Veranstaltungen, etwa in Zusammenhang mit der geplanten Käthe-Kollwitz-Ausstellung, auch der Tschetschenien-Krieg mit all seinen Brutalitäten angesprochen werde, um damit auch aktuelle Bezüge herzustellen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass man sich darauf verständigt habe, zu den Punkten heute keine Debatte zu führen.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM) antwortet, dass die Presseöffentlichkeit bereits die wunden Punkte der Vergangenheit und der Gegenwart aufgreife und kommentiere. Sie könne nicht sagen, weshalb es ein großer Wunsch der russischen Seite gewesen sei, eine Käthe-Kollwitz-Ausstellung zu organisieren. Man könne sich aber kaum eine Käthe-Kollwitz-Ausstellung wünschen, ohne zu wissen, was mit ihr dargestellt werde. Sie glaube deshalb, dass anlässlich einer solchen Ausstellung entsprechende Debatten in der Öffentlichkeit stattfinden würden.

Abg. Heinrich-Wilhelm Ronsöhr (CDU/CSU) erwidert, dass es ihm nicht um die Rolle der Medien gehe, sondern darum, ob seitens der BKM aktuelle Bezüge in den Veranstaltungen wie der Käthe-Kollwitz-Ausstellung hergestellt würden.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD) fragt die Staatsministerin, ob von Seiten des Staates die inhaltlichen Debatten in den Deutsch-Russischen Kulturbeziehungen vorgegeben würden.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM) erklärt, dass diese Frage mit einem klaren Nein zu beantworten sei. Sie habe überdies keinen Einfluss darauf, was in Russland stattfinden werde. Die Veranstaltungen dort würden von der deutschen Botschaft und vom Goethe-Institut Moskau begleitet.

Die **Vorsitzende** unterstreicht, dass heute keine inhaltliche Aussprache, sondern nur eine Unterrichtung erfolgen solle. Sie bittet nachdrücklich, dies zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach der sogenannten „Beutekunststiftung“, von der in der Presse geschrieben worden sei. Sie habe angenommen, dass es sich hierbei nur um eine Fehlinformation habe handeln können.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Frage beim Tagesordnungspunkt 1 b behandelt werde.

Tagesordnungspunkt 1 b

Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, zum aktuellen Sachstand und zur weiteren Entwicklung bei der Rückführung von kriegsbedingt verbrachten Kulturgütern

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM) erläutert, dass man in Verbindung mit der sogenannten Baldin-Sammlung, die am 26. März 2003 gemäß einer Verabredung zwischen dem russischen Kulturminister und ihr in Bremen hätte übergeben werden sollen, besondere Erfahrungen mit innenpolitischen Konflikten in Russland gemacht habe. Durch Intervention des Vorsitzenden des Duma-Kulturausschusses, des Mitautors des Beutekunst-Gesetzes und vormaligen russischen Kulturministers Gubenko sei die Rückführung der Sammlung vorläufig verhindert worden. Die auf sein Betreiben hin eingeschaltete russische Generalstaatsanwaltschaft habe eine Ausfuhr zunächst untersagt. Der russische Kulturminister Schwydkoi stehe hingegen weiterhin zur gemeinsamen Absprache, die auf der Grundlage gemeinsamer Unterschriften auch gültig sei. Es sei sicher, dass es keine juristische Möglichkeit gebe, die Rückführung der Baldin-Sammlung, die nicht unter das Beutekunstgesetz falle, zu verhindern. Auch die inzwischen bekannt gegebene Bereitschaft des privaten Bremer Kunstvereins, im Falle der Rückführung einen Teil der Sammlung, 19 Zeichnungen und ein Gemälde, dem russischen Staat zu schenken, habe nicht zur Entschärfung beigetragen. Das persönliche Engagement des russischen Kulturministers Schwydkoi sei außerordentlich groß. Als medienerfahrenem und international orientiertem politischem Kulturmanager seien ihm die praktischen Probleme der russischen Kultureinrichtungen und die Chancen internationaler Kooperation bewusst. Diese Aktion sei auch eine ganz starke innenpolitische Reaktion gegen die Offenheit des jetzigen Kulturministers. Die deutsche Seite könne hier nur abwarten, klar auf ihrer Haltung beharren und häufig und regelmäßig nachfragen. Schwydkois Zusage gehe dahin, dass die Sammlung auf jeden Fall noch in diesem Jahr nach Bremen gehe.

An Abg. Dr. Vollmer gewandt antwortet sie, dass an Meldungen zu einer Beutekunst-Stiftung nichts dran sei. Nach ihrer Kenntnis habe sich die Stadt Weimar als Sitz einer Beutekunst-Stiftung ins Gespräch gebracht, jedoch gebe es keinerlei Planungen für eine solche Stiftung. Die Idee, die dahinter stehe, sei die, dass alle Kunstwerke, die unter den Beutekunst-Rahmen fielen, von dieser Stiftung übernommen und in Russland und Deutschland ausgestellt würden. Von deutscher Seite sei diese Idee nicht weiter verfolgt worden, weil man dafür nicht die finanziellen Mittel habe und weil man es als die eigentliche Aufgabe betrachte, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Rückführung von Kulturgütern so weit wie möglich zu erwirken. Sie sei davon überzeugt, dass dieser Weg noch eine Generation lang gegangen werden müsse. Man müsse beachten, dass bei den Rückführungsverhandlungen starke emotionale und innenpolitische Faktoren eine Rolle spielten. Neben der Rückführung der Baldin-Sammlung seien noch weitere Rückführungen zu vollziehen, die nicht unter das Beutekunst-Gesetz fielen. Hierzu gehörten Silberarbeiten aus der Sammlung von Herzog Joachim Ernst von Anhalt, die private Humboldt-Sammlung der Bibliothek von Carl Graf von Hardenberg sowie die Archivalien deutscher jüdischer Gemeinden. Sie unterstreicht, dass sich die Bundesregierung, entgegen verschiedentlichem Darstellungen in den Medien, in keiner Weise auf Kompensationsleistungen eingelassen habe. Auch eine Meldung, wonach die Rückführung der

Fenster der Marienkirche in Frankfurt/Oder gegen eine Kompensationszahlung in Höhe von 300. 000 US-Dollar erfolgt sei, sei falsch. Zutreffend sei indessen, dass die Bundesrepublik die Restaurierung und Dokumentation eines Teils der Fenster in der Eremitage St. Petersburg in Höhe von 100. 000 Euro absprachegemäß zum Zwecke einer Ausstellung übernommen habe. Ebenfalls seien historische Zeitungsbestände, die kriegsbedingt nach Russland verbracht worden seien, zurückgegeben worden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft habe dieses Vorhaben unterstützt. Abschließend spricht sie noch das Thema "Transparenz" an. Viele Jahre sei es nahezu ausgeschlossen gewesen, dass deutsche Wissenschaftler Zugang zu Archiven der russischen Museen erhalten hätten. Kenntnis über in den Museen gelagerte kriegsbedingt verbrachte Kulturgüter habe man lediglich durch entsprechende deutsche Listen haben können. Es gebe nunmehr eine Internetdarstellung des russischen Kulturministeriums www.restitution.ru mit der in Russland vorhandenen Beutekunst. Nach russischer Rechtsauffassung beginne mit der Veröffentlichung im Internet von in Russland vorhandener "Beutekunst" für potentielle ausländische Anspruchsteller eine 18-monatige Anspruchsanmeldefrist, nach deren Ablauf Ansprüche "verjährt" seien. Die Bundesregierung habe mit einer der russischen Regierung per Verbalnote übergebenen rechtswahrenden Erklärung Stellung zur russischen Rechtsauffassung bezogen. Aus deutscher Sicht seien mit der Veröffentlichung im Internet keine Rechtswirkungen im Hinblick auf etwaige Anspruchspflichten verbunden.

Die **Vorsitzende** bittet wie vereinbart nur noch um knappe Fragen.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) fragt, ob die Staatsministerin Kenntnis über den Zustand der sogenannten Beutekunst habe und ob daraus eventuell Handlungsbedarf entstehe. Weiterhin fragt er, wieviel Kapital für eine Beutekunst-Stiftung überhaupt erforderlich sei.

Abg. Bernd Neumann (CDU/CSU) erklärt, dass vereinbart worden sei, die Tagesordnungspunkte 1a und 1b innerhalb einer halben Stunde zu behandeln. Diese Zeit sei aber bereits durch den Vortrag der Staatsministerin „aufgebraucht“. Der Punkt sei aber zu wichtig, als dass man ihn mit zwei Fragen abhandeln können.

Die **Vorsitzende** wendet ein, dass dies nicht korrekt sei. Man habe in der letzten Sitzung besprochen, dass man den Punkt entweder verschieben oder heute nur eine Unterrichtung zuzulassen und die Debatte später führen wolle. Der Ausschuss habe dann mehrheitlich entschieden, heute die Unterrichtung durchzuführen und, wenn nötig, die Debatte später aufzusetzen.

Abg. Bernd Neumann (CDU/CSU) kritisiert, dass der erste Teil der Unterrichtung eine Aneinanderreihung gewesen sei, die man auch schriftlich hätte mitteilen können. Was den Unterrichtsstand zur Beutekunst betreffe, habe er ihn so bereits in den Zeitungen gelesen. Er fragt, ob sich die Anstrengungen der BKM um Rückführung im Prinzip auf alle in Russland befindlichen „Beutekunst-Objekte“, das seien ca. eine Million Gegenstände, erstreckten oder realistischerweise nur auf diejenigen, die unter die Ausnahmetatbestände des sogenannten „Trophäengesetzes“ fielen. Wenn sie sich auf diese Ausnahmen beziehe, möchte er wissen, wie viele Gegenstände davon erfasst seien. Er fragt, ob

der Bundeskanzler bei seinem letzten Treffen mit Präsident Putin dies in Anbetracht der Bedeutung der Angelegenheit angesprochen habe oder demnächst noch ansprechen werde. Diese Angelegenheit sei schließlich ein Gradmesser für den Zustand der deutsch-russischen Beziehungen. Er fragt abschließend, ob anstelle von Entschädigungszahlungen nicht doch sogenannte Entschädigungsformen gefunden worden seien, wie etwa die Rekonstruktion des Bernsteinzimmers, die Millionen gekostet habe. Ein weiteres Beispiel sei die Anlage zur Entsäuerung alten Buchpapiers für russische Bibliotheken. Er sei damit einverstanden, wenn die Beantwortung der Fragen aus zeitlichen Gründen an anderer Stelle erfolgen würde.

Abg. Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bemerkt, dass man nicht nur Recht haben dürfe, sondern es auch bekommen müsse. Wenn man an die bisherigen Beutekunst-Verhandlungen denke, sehe man, dass dabei nicht nur mit feinstem diplomatischen Florett vorgegangen worden sei. Sonst wären die Dinge sicher anders gelaufen. Es habe auf russischer Seite ja einmal auch eine ganz andere Bereitschaft in dieser Frage gegeben. Ihr sei zum Beispiel der Fall bekannt, dass ein privater Sammler die Bundesregierung aufgefordert habe, dafür zu sorgen, dass seine Sammlung aus Russland zurückkomme. Bei der ersten Besichtigung in Moskau wären dann gleich Vertreter von Sotheby's dabei gewesen, die großes Interesse bekundet hätten. Sie könne die russische Seite verstehen, die gesagt habe, sie hätte die Sammlung sorgfältigst gehütet, behandelt und gepflegt, und sich frage, warum sie sie jetzt herausgeben solle, wenn sie auf dem internationalen Kunstmarkt höchstbietend versteigert und in alle Winde verstreut werde. Bei diesen Fragen spiele also auch Psychologie eine erhebliche Rolle. Was die Beutekunst-Stiftung betreffe, habe sie immer den Eindruck gehabt, dass dieses ständige Reden darüber tatsächlich einen realen Hintergrund gehabt habe, nämlich die erste Idee von Michael Naumann zur Bundeskulturstiftung, die dies bereits mit im Blick gehabt habe: nicht Kompensationen oder Zahlungen, sondern Initiativen, als deren Ergebnis ein gemeinsames Museum oder gemeinsame Nutzungsformen denkbar gewesen wären. In der Arbeit der Bundeskulturstiftung könne sie aber nicht sehen, dass dort eine Konzentration auf dieses Thema erfolgen würde. Ein Teil der Gelder der Bundeskulturstiftung sollte thematisch konzentriert für Restaurationsarbeiten oder gemeinsame Ausstellungsprojekte in Zusammenhang mit dem Beutekunst-Thema aufgewendet werden.

Die **Vorsitzende** mahnt an, dass der EU Ausschuss bis spätestens 16.15 Uhr die mitberatenden Voten zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 erwarte.

Staatsministerin Dr. Christina Weiss (BKM) erläutert, dass die Beutekunst-Stiftung, eine Idee von vor fünf Jahren, nie wieder aufgegriffen worden sei. Die Bundeskulturstiftung habe einen ganz anderen Auftrag, außerdem sei das Thema "Beutekunst" so hochpolitisch, dass man es zurzeit noch nicht in die Hände einer Stiftung legen könne. Die Vereinbarung mit dem russischen Kulturminister über die Rückführung der Baldin-Sammlung sei verbindlich. Der Grund für die Verzögerung der Rückführung liege in einer innenpolitischen Debatte in Russland zwischen dem Kulturministerium und dem Parlament, in die sich die deutsche Seite nicht einmischen könne. Über Kunstwerke, die unter das sogenannte "Trophäengesetz" fielen, könnten keine Verabredungen getroffen werden. Zu den anderen Kunstgegenständen habe die Bundesregierung eine klare Prioritätenliste. Im letzten

Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Putin habe es auf Grund des Irak-Kriegs andere Schwerpunkte gegeben. Dafür halte sich der Bundestagspräsident zur Zeit in Russland auf und werde dieses Thema ansprechen. Das Bernsteinzimmer, das privat finanziert sei, sei eine Freundschaftsgabe und keine Kompensation. Die Hilfe zur Papierrestaurierung sei unter Kolleginnen und Kollegen, die im kunsthistorischen Bereich tätig seien, selbstverständlich.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Europäischen Verfassung Gestalt geben - Demokratie stärken, Handlungsfähigkeit erhöhen, Verfahren vereinfachen

BT-Drucksache 15/548

Abg. Eckhardt Barthel (SPD) erläutert, dass er sich nur auf den kulturelevanten Teil des Antrags beziehen wolle. Es sei ein wesentliches Anliegen gewesen, dass die Frage der kulturellen Vielfalt nicht nur als irgendein anzustrebendes Ziel definiert werde, sondern dass sie als ein wesentliches Merkmal der Europäischen Gemeinschaft auch als eigener Wert in die Europäische Verfassung aufgenommen werden sollte. Ebenso solle dort der Medienpluralismus, der zwar nicht wertsetzend, aber zielbestimmend für die Gemeinschaft sein müsse, aufgenommen werden. Wer eine europäische Identität schaffen wolle, der wisse auch, dass diese wesentlich in der kulturellen Vielfalt begründet sei und dass dieser Wert in der Europäischen Verfassung verankert werden müsse.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU) erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Dies habe nichts damit zu tun, dass sie die Äußerungen zur kulturellen Vielfalt und zum Medienpluralismus nicht teile. Vielmehr seien in dem vorliegenden Antrag die wichtigen Fragen der Kompetenzverteilung und der Subsidiarität nicht ausreichend berücksichtigt worden.. Dennoch sei man beim Thema Kultur insgesamt auf einem gemeinsamen Weg. Er glaube, dass man für die Verfassung den alten Text aus dem Vertrag übernehmen werde, und dass damit die kulturelle Vielfalt gesichert werde. Es gehe ja nicht darum, dies als Ziel zu formulieren.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt Abg. Barthel zu, dass es wichtig sei, dass der Aspekt der kulturellen Vielfalt als Wert in die Europäische Verfassung aufgenommen werde. Es habe im Vorfeld Diskussionen und unterschiedliche Auffassungen darüber gegeben was unter gemeinsamen und identitätsstiftenden Werten für ein zukünftiges Europa zu verstehen sei. Es sei ein Erfolg gewesen, dass im Werte-Teil des Verfassungsentwurfs die kulturelle Vielfalt habe verankert werden können. Damit sei eine Initiative unterstützt worden, die sich in einem offenen Brief an den Europäischen Konvent ausgedrückt habe. Dieser Brief sei von zahlreichen großen europäischen Persönlichkeiten wie Richard von Weizsäcker, Jacques Delors, Bischof Manfred Kock und anderen unterzeichnet worden und habe die Aufforderung enthalten, die wichtige Bedeutung, die Kultur habe, in der Europäischen Verfassung festzuschreiben. Der vorliegende Antrag komme der Intention dieses Briefes entgegen. Sie bedauere es, dass die CDU/CSU-Fraktion keinen eigenen Antrag zur Europäischen Verfassung zu Stande bekommen habe.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) gibt zu bedenken, dass, je mehr Werte und Ziele in die Europäische Verfassung hineingeschrieben würden, deren Bedeutung umso geringer werde. Die kulturelle Vielfalt relativiere sich dann als einer unter vielen Werten. Wenn außerdem in den 16 Seiten des Antrags nur ein einziges Mal das Wort „Kultur“ erwähnt werde, könne es damit wohl auch nicht ganz so ernst gemeint sein.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag auf Drucksache 15/548 anzunehmen.

Tagesordnungspunkt 3 a

Antrag der Abgeordneten Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Friedbert Pflüger, Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

40 Jahre deutsch-französischer Freundschaftsvertrag - für eine neue Qualität und Dynamik der deutsch-französischen Beziehungen

BT-Drucksache 15/200

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag auf Drucksache 15/200 abzulehnen.

Tagesordnungspunkt 3 b

Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

40 Jahre Elysée-Vertrag - die deutsch-französische Zusammenarbeit fortentwickeln und in gemeinsamer Verantwortung für Europa die Zukunft mitgestalten

BT-Drucksache 15/296

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP den Antrag auf Drucksache 15/296 anzunehmen.

Tagesordnungspunkt 4 a

Mitteilung der Kommission

**Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen
eEurope 2002 Abschlussbericht**

EU-Drucksache 6407/03

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung auf EU-Drucksache 6401/03 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4 b

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates
**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
zur Gründung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit**
EU-Drucksache 6410/03

**Der Ausschuss weist die EU-Drucksache 6410/03 dem Unterausschuss „Neue Medien“ zur
Beratung zu.**

Tagesordnungspunkt 4 c

Bericht der Kommission
**Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat
Bewertung der Anwendung der Richtlinie 98/34/EG im Bereich der Dienste der
Informationsgesellschaft**
EU-Drucksache 6525/03

Der Ausschuss nimmt den Bericht auf EU-Drucksache 6525/03 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Bundesregierung
**Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002 und Stellungnahme der
Bundesregierung**
BT-Drucksache 15/788

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 15/788 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6

**Gespräch über die Bedeutung der Baukultur in Deutschland unter besonderer
Berücksichtigung der Ergebnisse des 1. Konvents der Baukultur (4./5. April 2003) mit**

PStS Achim Großmann, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Staatsministerin Dr. Christina Weiss, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Peter Conradi, Präsident der Bundesarchitektenkammer
Prof. Dr. Laurenz Demps, Humboldt-Universität, Berlin

Vorsitzende: Wir hatten uns vorgenommen, über den ersten Konvent der Baukultur, der am 4. und 5. April in Bonn stattgefunden hat, heute ein Gespräch zu führen. Dazu bekommen wir eine Einführung des Parlamentarischen Staatssekretärs Großmann aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, der uns über diesen ersten Konvent berichtet. Dann darf ich noch ganz herzlich Peter Conradi, den Präsidenten der Bundesarchitektenkammer, begrüßen. Die Staatsministerin hat sich verabschiedet, weil sie in den Ständigen Beirat musste. Dafür ist aber Dr. Nevermann wie immer hier vertreten und Prof. Demps wird sicherlich gleich eintreffen.

PStS Achim Großmann (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Weil der Tagesordnungspunkt überschrieben ist mit Gespräch, will ich darauf verzichten, hier einen langen Vortrag zu halten, sondern einfach nur noch einmal mit ein paar ausformulierten Überschriften den Prozess darstellen und den Status benennen, den wir zurzeit erreicht haben. Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode vorgenommen, den Dialog mit den Architekten und den Ingenieuren zu verbessern und auch in diesem Dialog stärker auf Qualität zu setzen und über Baukultur zu reden. Viele, die länger dem Deutschen Bundestag angehören, werden sich erinnern, dass es früher den Bauschadensbericht gab, der dem Parlament alle paar Jahre vorgelegt worden ist. Das war die einzige Möglichkeit, über dieses Thema zu sprechen. Wir haben gedacht, es gibt natürlich Qualitätsprobleme und es gibt sicherlich auch Bauschäden, aber es macht Sinn, dass wir das Thema von einer anderen Seite her anpacken. Deshalb haben wir diesen gesamtgesellschaftlichen Dialog begonnen, der auf vielen Ebenen geführt wird, auch mit den Architekten und mit den Ingenieuren. Wir haben einen Lenkungsausschuss installiert, wir haben Prof. Kähler gebeten, einen Statusbericht zur Lage der Baukultur in Deutschland vorzubereiten. Wir haben aus diesem Bericht dann einen Bericht für den Deutschen Bundestag entwickelt. Das Thema Baukultur stand zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf der Tagesordnung des Kabinetts. Wir haben das Thema Baukultur in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben mit dem Wunsch, die Diskussion über dieses Thema zu verstetigen und wenn möglich, auch eine Stiftung Baukultur ins Leben zu rufen, die als Kommunikationsstiftung gedacht ist. Also keine Stiftung, die selber baut oder Bauen unterstützt, sondern die als Kommunikationsstiftung konzipiert werden soll. Vorbild sind unter anderem im europäischen Benchmark Länder wie die Niederlande, Finnland, Schweden, die, was Architekturleistungen, Ingenieurleistungen und Baukultur anbetrifft, wesentlich stärkere Klammern zwischen Politik und den handelnden Ebenen haben. Das ist ja im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland eben nicht nur der Bund. Der Bund steht, was die Quantität der Bauleistung anbetrifft, sogar an der letzten Stelle, zwei Drittel der Bauleistungen sind bei den Kommunen. Wir haben aber gesagt, wir wollen den Dialog moderieren, wir wollen ihn in Gang setzen. Wir haben im Lenkungsausschuss nicht nur die beteiligten Branchen, also Verbände, Berufsgruppen, sondern wir haben auch die Städte, die Kommunen und die Länder mit am Tisch sitzen. Das heißt, wir haben einen ganz breiten Prozess in Gang gesetzt. Dabei war uns ehrlich gesagt ein bisschen mulmig, denn wir wussten nicht, ob der Gedanke trägt und sich weiter entwickelt. Wir haben festgestellt, dass die Architekten und die Ingenieure sehr stark an dieser Diskussion interessiert waren, was sich letztlich dadurch gezeigt hat, dass es über 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab bei diesem ersten Baukonvent, den wir sozusagen als Viererbande vorbereitet haben, das heißt, die Herren Conradi und Schwinn in ihrer Person aber gleichzeitig auch in ihrer Funktion als Präsidenten, einmal der Bundesarchitektenkammer, auf der anderen Seite der Ingenieure, Herr Ganser, vom deutschen Architekturzentrum, und ich selbst. Wer die Chance hatte, dabei zu sein, der ist, glaube ich, sehr stark beeindruckt gewesen von der Diskussion, die sich dort ergeben hat. Ich würde anregen, wenn das nicht schon erfolgt ist, dass man auch die Rede des Bundespräsidenten, die dort gehalten worden ist, im Ausschuss zu verteilen. Ich würde jedem empfehlen, diese Rede noch einmal nachzulesen, weil aus dieser Rede heraus klar und deutlich belegbar ist, warum wir diesen Diskussionsprozess angefangen haben. Der Lenkungsausschuss bleibt eine Zeit lang bestehen. Im Konvent haben

wir beschlossen, dass aus dem Konvent heraus in einem Wahlvorgang ein 20köpfiges Präsidium gewählt werden soll. Das heißt, wir entkoppeln das Ganze, wir machen es demokratischer. Ich habe eben gesagt, wir haben im Grunde genommen diesen Prozess vorangetrieben mit vier Personen. Wir begeben uns jetzt auf die mögliche Gründung einer Stiftung, haben darüber ganz vernünftige Beschlüsse auf dem Baukonvent gefasst und ich habe Ihnen dazu ja auch einen kurzen Bericht vorgelegt.

Was sollen der Baukonvent und die Stiftung Baukultur tun? Die Stiftung soll, ich habe es angedeutet, die Kommunikation vorantreiben, weil Baukultur ja etwas ist, was sich dynamisch weiterentwickelt, was ständig definiert werden muss. Es wird keine Stiftung sein, die den guten Geschmack vorgibt. Es ist überhaupt nicht gewollt, die Ästhetik vorzugeben, die nun allein selig machend ist, sondern es geht einfach um den Prozess, um Planungskultur, um Baukultur, um das ständige Auseinandersetzen mit der gebauten Umwelt. Das betrifft nicht nur die Städte, in denen wir leben, sondern es betrifft auch die Bauwerke in den Städten, es betrifft auch die Verkehrsarchitektur. Jeder von uns kennt positive und negative Beispiele. Ich will einmal erwähnen, dass völlig ungeordnete und nebeneinander entstehende Gewerbegebiete, die teilweise eine katastrophale Baukultur hinterlassen, eher abstoßend wirken, wenn man in eine Stadt hineinfährt. Wir haben das Problem der ausufernden Städte, wir haben das Problem, dass manche Innenstädte abends leer sind, dass sich dort kein Leben mehr abspielt. Wir haben das Problem der öffentlichen Plätze, wir haben das Problem der S- und U-Bahn-Stationen, die, wenn man hineingeht, erst einmal Angsträume darstellen und keine städtebauliche Einladung, ein öffentliches Verkehrsmittel zu benutzen. Also alles, was mit gebauter Umwelt zusammenhängt, soll unter dem Stichwort „Qualität“ kommuniziert und geprüft werden. Das ist eben mehr als nur Ästhetik, das ist deutlich mehr als nur Ästhetik, das ist, glaube ich, ganz wichtig. Wir stellen uns vor, dass wir so etwas schaffen wie die Bundesgartenschau, die alle paar Jahre stattfindet, dass wir eine Ausschreibung für die Städte in Deutschland machen, die sich als Stadt der Baukultur bewerben können. Das kann man alle drei, alle vier, alle sechs Jahre machen. Wir stellen uns vor, dass wir von Zeit zu Zeit ein Schwarz-Weiß-Buch, das ist schon etwas heftiger diskutiert worden, herausbringen, wo wir positive und negative Beispiele beschreiben. Wir stellen uns vor, dass wir so etwas wie das nationale Experiment der Baukultur ausschreiben, wo sich alle paar Jahre dann jemand oder eine Stadt bewerben kann, wo wir auch unterstützend und helfend tätig werden. Wir stellen uns vor, dass wir die Außenwirkung, das heißt also die nationalen Qualitäten von Architekten und Ingenieuren, stärker ins Ausland tragen. Wir haben in dem Statusbericht festgestellt, dass bei Architektur- und Ingenieurleistungen beispielsweise Großbritannien mit 18 Prozent im Ausland vertreten ist und die Bundesrepublik Deutschland nur mit zwei Prozent. Das heißt, wir müssen auch an den Export denken und das herausstellen, was deutsche Architekten und Ingenieure können. Wir wollen natürlich, wenn ich sage „Kommunikation“, das Thema Baukultur auch stärker in den Alltag bringen, was sehr schwierig ist, aber auch da gibt es in den europäischen Ländern, die ich eben genannt habe, Beispiele dafür, wie man das vernünftig handhaben kann. Das sind die wichtigsten Herausforderungen.

Wir richten natürlich auch Wünsche an uns selber, das heißt, auch der Bund ist in der Pflicht. Wir setzen auch mehr auf Wettbewerbe, nicht nur im Bereich Bauen, Hochbauen, sondern auch im Bereich der Verkehrsarchitektur. Wir setzen darauf, dass wir, auch was die Planungskultur anbetrifft, in der

Spur bleiben. Es ist ganz wichtig, dass man nicht nur ökonomische Zahlen im Kopf hat, wenn man baut, sondern dass man wissen muss, dass gute Qualität, gute Baukultur ökonomischen Nutzen haben kann. Das haben wir in vielfältigen Diskussionen auch beweisen und belegen können. Man kann selbst ein Kaufhaus so bauen, dass man gerne hineingeht oder man kann ein Kaufhaus so bauen, dass man eher daran vorbeiläuft und gehemmt ist, dort hineinzugehen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass man auch über den ökonomischen Nutzen von Baukultur spricht, damit man - das ist der einzige Punkt, wo ich kontrovers zum Bundespräsidenten bin - nicht der Meinung ist, Baukultur sei Luxus, sondern Baukultur ist Alltag. Baukultur ist Alltag für jeden Menschen, der in seiner Wohnung, in seinem Wohnumfeld, in seinem Stadtquartier, in seinem Kietz lebt und jeder kann das, wenn auch nicht immer mit objektiven Worten, subjektiv empfinden. Deshalb glaube ich, ist der Weg, den wir eingeschlagen haben, auch richtig. Es gibt eine gute Verzahnung zum Bundeskanzleramt, zur Staatsministerin. Es gibt keine Eifersüchteleien, es gibt keine Abgrenzungen, wir machen keine Vorgärten, sondern wir wollen vernünftig und gut zusammenarbeiten. Wir haben mit Frau Vollkers damals vereinbart, dass wir sie beim Thema Kunst und Stadt unterstützen; sie hat ja ein städtisches Thema für die Bundeskulturstiftung gewählt. Von daher will ich - als letzten Satz sozusagen - mögliche Bedenken zerstreuen, dass sich da Konkurrenzen ergeben, sondern es sind zwei unterschiedliche Seiten einer Medaille. Wir haben vereinbart, dass wir ganz gut und auch sehr integrativ zusammenarbeiten wollen. Ich denke einmal, das reicht. Herr Conradi wird noch den architektonischen oder branchenspezifischen Aspekt betonen. Wie gesagt, es ist Gespräch, ich freue mich auf das Gespräch und ihre Fragen. Danke.

Vorsitzende: Ich darf jetzt auch Herrn Prof. Demps begrüßen. Damit Sie erst einmal Luft holen können, wird Herr Nevermann vonseiten des BKM noch ergänzen und danach hat dann erst einmal Herr Conradi das Wort.

MD Dr. Knut Nevermann (BKM): Ich möchte nur einen Satz anschließen, der eigentlich eine Ergänzung, nicht einmal Ergänzung, sondern nur eine Akzentverstärkung ist, die aber auch auf dem ersten Baukonvent eine große Rolle gespielt hat, nämlich dass man Baukultur nicht nur auf Neubau und Weiterentwicklung bezieht, sondern auch auf den Bestand und auf den Denkmalschutz, und dass dies ein ganz wesentlicher Teil des Nachdenkens und des Sich-gegenseitig-ästhetisch-Hochziehens sein sollte.

Vorsitzende: Gut, dann Herr Conradi. Er ist ja bestens mit den Methoden vertraut, insofern wird er ja gleich loslegen können.

Peter Conradi (Präsident der Bundesarchitektenkammer): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Damen und Herren Abgeordnete. Es ist eine Freude, wieder einmal hier zu sitzen, wenn auch auf einem anderen Stuhl. Ich habe zuerst für die Einladung zu danken. Dann habe ich dem Bundestag zu danken, der nach der Konferenz Urban 21 in Berlin im Sommer 2000 die Bundesregierung aufgefordert hat, den öffentlichen Dialog über Funktion und Bedeutung der Architektur heute einzuleiten und kritisch zu begleiten, und der da zum ersten Mal den Begriff Baukultur in seiner Entschließung ver-

wendet hat. Das hat uns sehr gefreut - ich sage jetzt "uns" für die Architekten und die Ingenieure -, dass der Bundestag hier die Bundesregierung ermutigt, das Thema zu behandeln. Das Ministerium hat schon früher, im Herbst 1999, mit der Initiative begonnen, die Staatssekretär Großmann hier geschildert hat. An der Initiative haben wir besonders begrüßt, dass sie nicht in der Rängelei von Zuständigkeiten, wie es ja sonst unter Ministerien und Beamten häufig üblich ist, erstickt ist, sondern dass das Bauministerium und damals der und heute die Beauftragte für Kultur und Medien hier zusammengearbeitet und in dieser Initiative das Gespräch auf den Weg gebracht haben. Vorbilder waren, das hat Staatssekretär Großmann gesagt, die Finnen, die Niederländer, die Schweden, andere Länder also, auch Frankreich, die sich stärker mit Baukultur befassen. Im Gesprächskreis saßen die Länder anfangs sehr misstrauisch dabei, auch die Kommunen, die sagten, was wollt ihr denn, wir bauen doch viel mehr als der Bund, was ja auch stimmt, und die Länder haben gesagt: Wollt ihr uns reinreden? Das hat sich eigentlich relativ rasch erledigt. In der Zwischenzeit gibt es eine Reihe guter Initiativen in den Ländern, zum Beispiel hat Nordrhein-Westfalen eine starke Initiative Architektur- und Stadtbaukultur oder Thüringen hat eine kräftige Initiative, Mecklenburg-Vorpommern hat eine. Das heißt, die Länder haben das aufgegriffen und auch bei den Kommunen gibt es inzwischen durchaus einige, die sich mit dem Thema Baukultur befassen, nämlich damit, was eigentlich Architektur, Ingenieurbaukunst, mit unserer Art zu leben zu tun hat, welche Werte da sichtbar werden. Das wird also heute diskutiert. Insofern war diese Diskussion in der Initiative hilfreich; der erste Statusbericht liegt dem Haus ja vor und wird, wenn ich es richtig weiß, auch noch in diesem Jahr diskutiert und behandelt; vor allem die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, dass das nicht nur ein Kulturgerede wird, sondern dass das in ganz konkrete Vorschläge und Maßnahmen einmündet. Wir haben uns dann überlegt, wie man der ganzen Sache Kontinuität gibt. Die Lenkungsgruppe im Ministerium, in der die Verbände, die Kammern, die Länder und die Kommunen zusammensitzen, ist ein hilfreiches Instrument, aber wie bekommt man da Dauer herein? Dann haben wir uns an das Nationalkomitee Denkmalschutz und seine sehr große Rolle in den 80er Jahren erinnert - ich war da viele Jahre Mitglied. Das Nationalkomitee hat eine öffentliche Diskussion über das Erbe, das bauliche Erbe der Vergangenheit in Gang gesetzt - eine fabelhafte Diskussion - und in den 80er Jahren sehr viel in Richtung Denkmalschutz bewirkt, bis dann sogar die Stiftung Denkmalschutz kam, die ja große Mittel für die Erhaltung und Pflege von Baudenkmalern mobilisiert. Wir haben uns dann gefragt, ob eine Stiftung Baukultur Sinn hat? Keine Stiftung, die selber baut - die Nationalstiftung Denkmalschutz baut ja selber; die hat viele Millionen -, sondern eine Stiftung, die das öffentliche Gespräch, die öffentliche Diskussion über Baukultur fördert. Wir waren der Meinung, das könnte diesem Thema Kontinuität über eine Legislaturperiode hinaus verleihen. Deswegen haben wir als vier Gründungsväter diesen ersten Konvent zusammengeholt und hoffen, dass der sich verfestigt, dass wir da allmählich die richtigen Formen finden und dass das im nächsten Jahr eingerichtet werden kann.

Ich möchte hier aber, Frau Vorsitzende, wenn Sie erlauben, gleich auf zwei ganz konkrete Fragen kommen, die uns beschäftigen. Die öffentlichen Bauherrn sind durch die hohe Verschuldung, die sie haben und die Brüsseler Kriterien angehalten, nicht mehr selbst zu bauen, sondern viele ihrer Bauaufträge an PPPP, also Public-Private-Partnership-Projekte, zu übertragen. Die Frage ist, wo zieht sich der öffentliche Bauherr zurück? Welche Verantwortung hat er noch für die Gestaltung des öffentlichen Bauens - das drückt ja immer auch, wie früher bei den Königen und Fürsten und später in der

Republik, etwas über das aus, was uns wichtig ist. Wie wird das also in Zukunft gesichert? Darüber würden wir sehr gern auch mit Ihnen diskutieren. Es geht nicht nur um ökonomische Dinge und es kann nicht angehen, dass wir auf der einen Seite eine Stiftung Baukultur machen und auf der anderen Seite über PPP-Projekte das öffentliche Bauen alleine der Gewinnorientierung von Unternehmen und Investoren überlassen. Da den richtigen Weg zu finden, dazu wollen wir gerne beitragen. Das andere ist, wir sind sehr zufrieden mit dem Ministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, weil das Ministerium festgelegt hat, dass die Bauten, die das Ministerium betreut, in der Regel über Wettbewerbe ausgeschrieben werden. Aber ich habe in der Zwischenzeit immer wieder feststellen müssen, das ist ja nur ein kleiner Teil des öffentlichen Bauens. Das Auswärtige Amt, das Landwirtschafts- heute Verbraucherschutzministerium oder das Arbeitsministerium, jedes Ministerium hat seine eigenen Bauvorhaben, die es ganz fröhlich vergibt und wo es sich zum Teufel um Wettbewerbe und Qualität kümmert. Das Auswärtige Amt hat in New York für unsere Vertretung, anders als die Österreicher - die haben gebaut, die haben in New York gezeigt, wer sie sind und was sie zu bieten haben -, mit dem Investor dort ein Gebäude errichten lassen, das eigentlich nicht für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Qualität steht. Unsere Frage: Müssten wir nicht auch im Rahmen der Bundesregierung so etwas haben wie eine gemeinsame Verantwortung, einen Gedankenaustausch darüber, was geplant ist, wo Wettbewerbe sinnvoll sind, wo wir Investorenmodelle machen, jedenfalls so, dass der öffentliche Bau auch etwas von der öffentlichen Verantwortung der Regierung, des Parlaments dieser Republik aussagt. Das sind zwei kritische Punkte, die ich einmal ansprechen will, damit das Ganze hier nicht nur in schönen, freundlichen Worten über Kultur endet, sondern wir uns im Klaren sind, wenn es diese Stiftung Baukultur gibt, dann wird sie gelegentlich auch Unfreundliches sagen, dessen bin ich mir sicher.

Die Vorsitzende: Herr Prof. Demps, herzlichen Dank für Ihr Kommen. Es geht ja heute nicht nur um den Konvent, sondern auch um die Bedeutung der Baukultur als solcher. Da sind Sie ein besonderer Fachmann, deswegen vielleicht als Einstieg ins Gespräch Ihre Position dazu.

Prof. Dr. Laurenz Demps (Humboldt-Universität Berlin): Schönen Dank, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete. Ich bedanke mich auch, wie Herr Conradi, für die Einladung. Ich bin von Hause aus Historiker, der sich sehr viel mit der Baugeschichte, insbesondere mit der Baugeschichte der Stadt Berlin, befasst; insoweit kann ich vielleicht ein paar Gedanken beisteuern. Zunächst begrüße ich das, was ich über die Stiftung gehört habe und finde, das ist eine ausgezeichnete Sache. Diese Dinge müssen ins öffentliche Bewusstsein getragen werden, sie müssen heraus aus den Kreisen der Leute, die sich von Berufs wegen oder durch die Politik damit befassen, denn Architektur ist natürlich etwas Identitätsstiftendes. Wir haben ja gerade in den letzten Jahren in Berlin nach der Einheit ausreichend Streitgespräche zu den unterschiedlichsten Themen geführt, wie Identität hergestellt wird, gerade in einer Stadt, die voller Brüche in ihrer Geschichte ist und die natürlich dann, nach der jahrelangen Spaltung, durch die Architektur etwas Neues gewinnen muss. Edzard Reuter hat gestern in einem Zeitungsbeitrag gesagt, wenn er von oben auf dem Potsdamer Platz schaut, dann hat er den Eindruck, dass das das Herz, das neue Herz, der Stadt geworden ist. Ich will nur auf einen einzigen Aspekt hinweisen, der Staatssekretär hat das dankenswerterweise gemacht und Herr Conradi hat ja

auch auf die Wichtigkeit hingewiesen: Wir stehen in Berlin, ich sage das auch als Mitglied des Landesdenkmalrates, vor einer katastrophalen Situation. Wir haben zwar eine gebaute Umwelt, eine gestaltete Umwelt, aber die Brüche, die Deindustrialisierung, die Veränderung der Situation - es gibt ja bössartige Kommunalwissenschaftler, die sagen, Berlin wird zusammenschrumpfen auf die Größe Hamburgs, was die Einwohnerzahl betrifft - das sind doch große Probleme, die wir nicht nur mit dem Denkmalschutz lösen. Da bin ich Herrn Conradi ausdrücklich dankbar - wir haben uns ja auch schon oft genug darüber gestritten -, dass wir mit der gebauten Umwelt der Vergangenheit auch in einer solchen Stiftung Baukultur öffentliches Bewusstsein schaffen und hier nicht nur den Neubau, sondern den Umgang mit dem Gesamten, wie ich meine und dafür plädiere ich, stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken sollten. Ich habe an der Universität eine sehr beliebte Lehrveranstaltung, die nennt sich „Geschichte vor Ort“. Da sind zu viele Studenten dabei, also zwischen 120 und 250 - versuchen Sie da einmal eine Lehrveranstaltung zu machen. Der Sinn dieser Lehrveranstaltung ist, an diesem Ort Berlin, wo man alle Perioden der letzten 250 Jahre nachvollziehen kann, den Studenten - die müssen natürlich etwas lernen - auch einen Zugang zu der gebauten Umwelt, Neubau, Altbau, zu verschaffen. Dabei ist meine Erfahrung, dass gerade die jungen Menschen nach Identitäten suchen, dass sich das sehr stark ausprägt. Ich will jetzt nicht kritisch darüber reden, sondern ich will das absolut positiv sehen, dass man versucht, sich ein neues Verhältnis zu schaffen. Ich habe im Spiegel-TV eine lange Diskussion mit Jörg Friedrich gehabt über sein Buch „Der Brand“. Ich wünschte, mir würde das einmal mit einem meiner Bücher passieren, dass innerhalb eines dreiviertel Jahres 120.000 Exemplare verkauft werden. Ich will damit sagen, ich bin nicht mit Jörg Friedrich in allem einverstanden, aber es ist interessant, was eigentlich dahintersteckt, nämlich die Suche nach Identität.

Lassen Sie mich noch ein anderes Moment einfügen. Ich bin mit den Dresdner Denkmalpflegern seit Jahrzehnten in sehr gutem Kontakt. Die Sachsen haben ja das besonders nette, mir sympathische Vigilante, und die Dresdner Frauenkirche bezeichnen sie ja nicht als Denkmalpflege, sondern als kritische Rekonstruktion - darauf muss man erst einmal kommen. In den Gesprächen, die ich im vorigen Jahr dort hatte, wurde es ziemlich deutlich, dass man nicht mit der Frauenkirche und dem Schloss stehen bleiben will, sondern dass man die historische Altstadt mit 128 Gebäuden um den Neumarkt wieder aufbauen will. Da kam in dem Gedankenaustausch furchtbar viel heraus, was in Sachsen alles an Aktivitäten läuft, bis hin zum Wiederaufbau des kriegszerstörten und dann 1948 abgerissenen Rathauses von Halle. Ob wir jetzt das Knochenhauer Amtshaus in Hildesheim oder die Residenz in München nehmen, welche Aktivitäten sich auch auf der regionalen Ebene bewegen, meines Erachtens steht immer ein Suchen nach Identität dahinter. Ich glaube, das ist sehr stark geworden. Vielleicht könnte man unter den Momenten, die Herr Conradi aufgezählt hat, dieses Moment der Architektur als Identitätsstiftung nennen, gebaute Umwelt als ein Mittel zur Identitätssuche zu befördern. Kritisch wird es in fast allen unseren Städten, denn die Deindustrialisierung bedeutet - nehmen Sie die Zahl von Berlin - 1,4 Mio. Arbeiter in der Metallindustrie 1929, heute 1.700. Wir haben leerstehende Objekte in Menge. Wir haben die Frage zu stellen: Wollen wir sie denkmalpflegerisch behandeln und bewahren oder wollen wir sie weiter bebauen, wollen wir sie entwickeln, wollen wir mit der historischen Substanz umgehen, jetzt nicht nach den Prinzipien von Herrn Dehio, dem ich große Verachtung zolle. Aber was nutzt es mir, wenn ich ein Denkmal wieder aufbaue und es nicht nutze, also der Öffentlichkeit nicht präsentiere. Sollten wir nicht auch daran denken, wenn wir die Stiftung Baukultur sehen, dass dann

die vorhandene Substanz weitergebaut wird, umgebaut wird, unseren Erfordernissen angepasst wird. Ich glaube, das kann eine sehr lohnenswerte Aktivität sowohl für die Architekten als auch für die interessierte Öffentlichkeit sein, die mit diesen Dingen umgeht. Ich meine jetzt hiermit nicht die „Pufferküsse“, aber ich verachte die „Pufferküsse“ auch nicht. Sie wissen, das ist eine ganz besondere Spezies, Sie können nirgendwo eine alte Dampflokomotive abstellen, die bauen Ihnen die Puffer ab. Das ist etwas, womit sie umgehen können. Was ich damit meine, ist die Identität und dass das eine Aufgabe ist, Neubau, Bewahrung des Alten und Denkmalpflege.

Vorsitzende: Das war ja ein kurzer, knapper Einstieg. Ich denke, wir machen jetzt erst einmal eine Gesprächsrunde und werden danach das Podium zu Wort kommen lassen.

Abg. Horst Kubatschka (SPD): Es soll ja ein Gespräch sein; ich werde mich deshalb relativ kurz fassen. Ich halte die Initiative des Bauministeriums, nennen wir es einmal aus Zeitgründen so, eigentlich für sehr gut. Was damals auf den Weg gebracht wurde, ist auf fruchtbaren Boden gefallen, und ich hoffe, dass der Boden gedeihlich ist und dass daraus eine kräftige Pflanze entwächst. Ich glaube, wir sind auf einem brauchbaren Weg dorthin. Der erste Baukonvent in Bonn hat sicher Bewusstsein für Baukultur geschaffen, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit nicht so im Mittelpunkt gestanden hat. Obwohl, wenn ich an die 70er Jahre zurückdenke, die Unwirtlichkeit der Städte, die damaligen theoretischen Aussagen darüber haben mich in die Politik gebracht. Wir hatten mit dem Baukonvent vor allem die Fachwelt interessiert, ich halte das für wichtig, denn die gestaltet ja, aber das ist eigentlich nicht ausreichend. Es muss eine Debatte innerhalb der Gesellschaft erfolgen, sonst werden wir mit diesem Projekt nicht erfolgreich sein. Die Debatte darf sich nicht nur auf die Feuilletons beschränken - dies soll keine Herabsetzung des Feuilletons sein - aber sie muss darüber hinausgehen, sie muss die Länderparlamente erreichen wie die Länderverwaltungen, auch die Stadträte und Stadträtinnen und die Gemeinderäte. Selbst in den kleineren Orten wird ja gebaut, und da muss das Qualitätszeichen auch mitentscheidend sein. Vorhin wurde schon gesagt, bebaute Umwelt schafft Identität. Ich komme aus einer Stadt, die demnächst ihre 800 Jahre feiert. Wir wissen, wie die Stadt vor 400 Jahren ausgesehen hat. Ein Bürger, der vor 400 Jahren geboren wurde und jetzt mit einer Zeitmaschine wiederkäme, würde sich in der Stadt wieder voll auskennen, denn die Struktur ist erhalten geblieben, auch manches von der Architektur. Das ist aber für die jetzige Zeit zur Identitätsstiftung sehr wichtig, nicht nur für junge Leute. Jeder war einmal jung, auch wir haben uns damals vor vielen Jahrzehnten auf den Weg zur Identitätsfindung gemacht. Da waren für uns die bebauten Umwelten, da war unsere Heimat eigentlich sehr wichtig. Es ist gut, dass es jede Generation neu machen muss.

Was mir wichtig ist, ist auch der Denkmalschutz. Da sind die Kommunen, aber auch die Länder gefordert, ebenso die Privaten, die Baudenkmäler besitzen. Diese müssen wir beim Baukonvent und in dessen Ergebnisse miteinbeziehen. Dabei müssen wir sicher eine Gratwanderung zwischen der modernen Architektur und den alten Baudenkmalern machen. Aber man kann auch sehr gut moderne Architektur neben alte stellen; bestehen tun beide, wenn sie Qualitäten haben. Zum Beispiel meine Heimatstadt Landshut: Wenn man darauf gekommen wäre, nur die gotische Stadt festzuschreiben, dann hätten wir zum Beispiel nicht die erste Renaissance-Residenz nördlich der Alpen bekommen, denn da wäre mancher aufgeregte Baudirektor womöglich in Ohnmacht gefallen. Da muss man sehr

wohl flexibel sein. Gegenüber Rekonstruktionen habe ich ein gewisses Misstrauen, nicht nur aus der Berliner Diskussion her - ich sage jetzt nicht das Reizwort - sondern aus meiner eigenen Stadt. Eine Zeitlang hat man daran gedacht, die alten Stadttore wieder zu rekonstruieren. Gott sei Dank konnten wir das damals verhindern, denn wir hatten genügend alte Bausubstanz, um sie zu erhalten. Ich muss sagen, als Erstes sehe ich eigentlich die Aufgabe, bevor man an Rekonstruktionen denkt, wenigstens wenn ich die geschichtliche Fülle in meiner bayerischen Heimat sehe, dass man etwas erhält. Da ist manches zu unterhalten und vor allem der Nutzen ist im Grunde genommen das Entscheidende. Entschuldigung, dass ich so in meine heimatliche Praxis gehe. Wir haben es geschafft, einen Salzstadel anzukaufen, den einige Jahre stehen zu lassen und jetzt haben wir eine Bibliothek drin und das vernünftig genutzt. Der alte historische Salzstadel ist in seiner gotischen Gestalt voll erhalten und noch voll erkennbar. Für mich ist wichtig, dass der Aspekt Denkmalschutz mitgedacht wird. Zur modernen Architektur sehe ich da keinen Gegensatz. Etwas fällt mir eigentlich auch auf: Wir gehen mit unserer eigenen Geschichte relativ stiefmütterlich um. Ich spreche jetzt von der Bundesrepublik, denke da aber auch an die Bauten innerhalb der ehemaligen DDR. Zum Beispiel wie man mit dem „Ahornblatt“ in Berlin umgegangen ist, das hat mich eigentlich empört. Auch in Westdeutschland, wo ich die Diskussion ein bisschen überblicke, ist man manchmal sehr schnell mit der Abrissbirne da, was die Bauten der 50er und 60er Jahre betrifft. Ich glaube, auch diesen Bauten gegenüber haben wir unsere Verpflichtungen. Wir müssen diese Architektur erhalten, denn sie ist ja ein Teil unserer Geschichte. Warum damals in den 50er und 60er Jahren so gebaut wurde, das war auch ein Ausfluss der Geschichte. Was nach meiner Meinung auch wichtig ist, dass wir Beispiele der Industriearchitektur und auch Gewerbearchitektur erhalten, die wir zur Identifikation, zur Stiftung von Identifikation an die nächsten Generationen weitergeben können. Ich danke Ihnen für das Zuhören.

Abg. Renate Blank (CDU/CSU): Zuerst möchte ich dem Initiator der Initiative Architektur und Baukultur, Herrn Conradi nämlich, danken, dass er diese Initiative auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, dass das Thema Architektur und Baukultur ein wichtiger Bereich ist, den wir natürlich auch ständig weiterentwickeln müssen. Die Wortmeldungen haben ja auch gezeigt, dass durchaus ein Spannungsverhältnis zwischen Neubau, Rekonstruktion und Denkmalschutz besteht. Ich komme aus der Stadt Nürnberg, die eigentlich in der Altstadt eine Rekonstruktion mit Bausünden ist. Wenn ich an die Trabantenstädte der 50er Jahre denke - es war halt damals der Zeitgeist, und der Zeitgeist wird sich auch noch weiterentwickeln. Deswegen habe ich auch immer ein gespanntes Verhältnis zu einer übertriebenen Denkmalschutzpflege, um es einmal ganz deutlich zu formulieren. Denn wenn wir alles unter Denkmalschutz stellen, und ich greife das auf, was der Kollege Kubatschka gesagt hat, also Industriebauten und alle Bauten, dann könnte man nie mehr neu bauen, dann müssten wir irgendwo im Freien, auf der freien Wiese bauen. Ich bitte, dass wir bei dem Bereich Weiterentwicklung doch auch daran denken, dass sich neben dem Geschmack in der Mode auch in der Kunst, auch in der Architektur einiges ändert. Wir sind voll damit einverstanden, dass wir den Bereich Architektur und Baukultur auch als Daueraufgabe sehen und im federführenden Ausschuss natürlich auch immer wieder einen Bericht der Bundesregierung erwarten. Wir wissen aber auch, dass neben dem Bund als Auftraggeber oder als Bauherr natürlich speziell die Länder und die Kommunen bauen. Ich glaube, jede verantwortungsbewusste Kommune hat auch eine Jury. Aber auch da sind die Geschmäcker Gott sei Dank verschie-

den, um das einmal so drastisch zu formulieren. Herr Conradi, vielleicht darf ich das noch sagen, Sie haben Beispiele von Ländern angeführt, dass Bayern, speziell Bayern, und auch die bayerische Architektenkammer das Thema Baukultur, überhaupt das Thema Architektur, sehr ernst nehmen. Es gibt eine Kooperation mit den Schulen, damit bereits dort das Thema Architektur zur Sprache kommt. Ich finde, das ist wichtig und das könnten andere Bundesländer mit übernehmen, denn da geht es nämlich darum, den Sinn für die Architektur und auch für die Baukultur zu entwickeln. Wir möchten natürlich auch - mit dem Inhalt „Architektur und Baukultur“ sind wir voll einverstanden - dass deutsche Architektur auch weltweit anerkannt wird. Ich wiederhole jetzt nicht alles, was in den Berichten steht, ich möchte jetzt zum Baukonvent kommen. Erlauben Sie mir, zuerst eine kleine Kritik anzubringen. Ich finde, der Konvent dient ja der Außenwirkung. Wenn wieder ein Baukonvent stattfindet, wäre es vielleicht ganz gut, wenn auch jemand von der Opposition oder aus den B-Ländern mit beteiligt wäre. Es soll ja keine Parteiveranstaltung sein, aber wir leben nun einmal in einer Welt der Parteien. Das ist also eine Kritik von unserer Seite, dass man das vielleicht im Laufe der Zeit ändern könnte.

Ich möchte jetzt aber auf die Stiftung Baukultur kommen. Den Inhalt hat Staatssekretär Großmann dargestellt. Es lohnt sich durchaus im Laufe der Jahre, dass von den entsprechenden Persönlichkeiten und auch unter Beteiligung der Politik, über diese Inhalte diskutiert wird. Sie haben ja alle aufgeführt und die stehen ja auch in Ihrem Bericht. Es geht aber auch um die Beteiligung der Länder und der Kommunen, denn wenn ich sehe, dass sie einen Jahresbedarf zwischen 2,5 und 3 Mio. Euro haben, dann geht es um die materielle und natürlich auch um die ideelle Beteiligung. In einer Bundesstiftung ist es ja meistens so, dass der Bund das Sagen hat. Vielleicht machen Sie ein paar Aussagen dazu, ob Sie das weniger in einer Bundesstiftung oder in einer nationalen Stiftung sehen und wie Sie dabei die Beteiligung der Länder sehen, sowohl finanziell, materiell und auch ideell. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass man die Länder und Kommunen einbinden kann. Das ist der Unterschied zwischen einer Bundesstiftung und einer nationalen Stiftung. Dann interessiert uns auch, wie Sie sich bei einer Stiftung Baukultur die Finanzierung vorstellen; das geht an den Staatssekretär, aber auch an Sie, Herr Conradi, wie Sie es bewerkstelligen wollen, denn im Ziel sind wir uns ja einig. Vielleicht ist der Weg ein bisschen differenzierter, denn uns geht es dann natürlich auch um die Qualität der einzelnen Bereiche. Ich sage jetzt bewusst nicht, um die Qualität des Bauens, wir wollen mehr Qualität, aber ich will nicht urteilen, ob mir jetzt der Pei-Bau gefällt oder ein anderer. Es bleibt den einzelnen Leuten unbenommen, darüber zu urteilen. Die Qualität des Bauens muss aber im Vordergrund stehen, damit wir nicht irgendwelche qualitativen Bausünden haben. Dann würden mich jetzt noch die Punkte Finanzierung und Beteiligung der Länder und Kommunen interessieren, und wie sie versuchen wollen, die Qualität oder das Niveau nach oben zu bringen.

Abg. Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte mich auch bedanken, insbesondere bei Peter Conradi, weil ich glaube, dass er persönlich eine ganz große Rolle dabei gespielt hat, dass für diese Frage überhaupt so viel Bewusstsein entstanden ist, übrigens gerade auch und besonders im parlamentarischen Raum. Ich finde, dass wir nicht immer so reden müssen – es ist hier auch nicht passiert - aber es ist früher immer so ein Gestus gewesen: „Wir müssen so viel von den anderen Ländern lernen.“ Das müssen wir im Prinzip immer und überall, aber ich finde, dass sich manches umgekehrt hat und dass bei uns wirklich auch gut gebaut worden ist und dass das auch anerkannt

wird. Insbesondere finde ich, dass sich das Parlament für seine Planung und Beratung bei Bauleistungen nicht schämen muss und dass das auch etwas Tolles ist, weil es ja letztendlich auch ein wahnsinnig großes Risiko war, weil man weiß, dass man nur einmal so eine Chance hat und vor Generationen bestehen muss. So wird das, glaube ich, auch gesehen. Potsdamer Platz: Da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber es gibt wirklich gut und qualitativ Gebautes, übrigens sind die parlamentarischen Bauten manchmal besser als die der Ministerien - nach meiner Meinung. Aber insgesamt habe ich den Eindruck, dass sich auch das Objekt der Sorge oder der Missionierung ein bisschen geändert hat. Wenn ich zurückdenke, glaube ich, war es ursprünglich so, dass man angefangen hat, den schlechten oder den ungebildeten Geschmack der Leute ein bisschen zu veredeln. Bis hin zu Werkbundzeiten war es so, dass es keine Glasbausteine mehr geben sollte und dass man sowas nicht machen sollte. Dann glaube ich, dass eine zweite Epoche mit Einzelstücken und Einzelspitzenleistungen gibt, das ist dann auch die Zeit der großen Architekturstars. Ein bisschen meine ich, dass wir darin noch etwas zu stark verharren, und wenn ich diese Präsentation anschau, dann glaube ich auch, dass es etwas zu viel um Einzelsachen geht.

Ich möchte meine dritte These anschließen: Ich glaube, worum wir uns jetzt besonders sorgen müssen, ist das Ensemble oder das Quartier oder die humane Stadt, also mehr als die Außenästhetik. Ich kenne ja die leidenschaftlichen Debatten: Es geht oft um ästhetische Fragen des Äußeren. Ich denke, woran die Menschen wirklich leiden und wo sie auch wirklich eine Hilfestellung brauchen und wo es wirklich eine große Fehlentwicklung gegeben hat, das ist die humane Stadt, das sind die Wohnquartiere. Noch wichtiger als das Äußere ist der Grundriss und ob alles in einem sozial ausgewogenen Verhältnis steht, ob das, was man zum Wohnen braucht, in einem humanen Ensemble ist. Wenn man etwas in der Nachkriegszeit bedauern muss, dann genau dieses, dass in Bezug auf humane Wohnquartiere oder auch auf städtisches Leben noch mehr zerstört worden ist als durch den Krieg. Das hat mit der autogerechten Stadt zu tun, das hat aber natürlich auch mit anderen Dingen zu tun. Die Frage hätte ich gern an Sie gestellt, ob Sie das auch als zukünftige Aufgabe sehen, also mehr diesen Ensemblegedanken, den Strukturgedanken der Bau- und Stadtplanung. Hier gab es große Sünden, die von den Baudezernenten, nicht so sehr von den Einzelarchitekten, gemacht wurden. Der Einzelarchitekt hatte immer noch seinen Bauherrn; der Bauherr hat ja in der Regel auch gelernt, der hat ja nicht nur kitschig gebaut, sondern auch gut. Das, was fast eine flächendeckende Ideologie war, kam im Wesentlichen von den Baudezernenten und dann damit erst die Zerstörungen. Ich würde Sie fragen, ob Sie einen Schwerpunkt der Arbeit zum Beispiel auch in der Preisgestaltung sehen. Die Preisgestaltung, die ich hier gesehen habe, ist im Wesentlichen noch auf das Einzelstück oder auf die Einzelleistung oder auf den einzelnen Architekten, auf das Einzelgenie bezogen, aber nicht auf diese anderen Fragen. Ich glaube, man muss eine Debatte entwickeln, die die Aufmerksamkeit auch in andere Richtungen lenkt.

Kleine Unterfragen: Denkmalschutz und moderne Lebensbedürfnisse, dass unsere Innenstädte, auch die erhalten gebliebenen, ausbluten, hat damit zu tun, dass man auf einem denkmalgeschützten Haus keine Solaranlage bauen kann. Wenn man nicht die Höhe haben kann, dass man einen schönen Wohnraum machen kann, dann ist das zu eng gefasst. Dann werden diese denkmalgeschützten Häuser im Ergebnis heruntergewohnt, bis sie in sich zusammenbrechen, sie werden aber nicht mehr zu

diesem Zentrum. Zweiter Punkt: Gibt es endlich einmal eine richtige Kampagne gegen die Einkaufszentren, die die Städte kaputtmachen? Im Osten diese unsäglichen Gewerbegebiete, dieses Auslatschen, Auswabern, Versickern von Städten! Gibt es immer noch diese Position, die ja so viel Streit gemacht hat: Ist Rekonstruktion immer noch eine verbotene Sache? Ist das immer noch ein Tabu und bleibt es das, wenn so viele Menschen das wollen und man sie offensichtlich auch mit den härtesten Debatten nicht klein kriegt? Ist das nun wieder nur schlechter Geschmack? Ist Rekonstruktion außerhalb der technischen Möglichkeiten der Moderne oder ist sie nicht gerade so, wobei ich auch nicht flächendeckend für Rekonstruktion bin, das sind immer Missverständnisse. Ich denke, dass überhaupt der starke Wunsch nach einer Rekonstruktion Folge dieses Ensemblewunsches oder dieses humanen Stadtwunsches oder Folge dessen ist, dass man nicht nur mit Brüchen leben will, sondern dass man auch einmal so schließen will, dass man wieder das Gefühl der heilen Stadt hat. Das ist natürlich auch eine Ideologiedebatte, aber ich denke, man sollte sie allmählich entkrampfen und fragen, was darf die Moderne? Ich glaube, sie muss auf diese Ensemblewünsche der Menschen mehr eingehen.

Vorsitzende: Ich möchte gerne eine kleine Anekdote beitragen. Als ich mich um die Isolierung von Häusern kümmerte, um diese ein bisschen energieeffizienter zu machen, haben wir dazu in Niedersachsen ein großes Programm gemacht. Aber da war praktisch die gesamte Stadt Wolfsburg ausgeschlossen, weil das alles denkmalgeschützte Häuser sind. Das muss man sich einmal vorstellen. Diese alte neuaufgebaute Stadt Wolfsburg, die sozusagen in anderen Zeiten gebaut worden ist, durfte nicht einmal wärmeisoliert werden. Das war schon ein Riesenthema. Das ging ja noch nicht einmal um das Solardach, sondern um Isolierung, weil das den Charakter des Hauses verändert hätte. Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, die würde ich gerne noch nehmen, zuerst Herr Ehrmann und dann Herr Nooke.

Abg. Siegmund Ehrmann (SPD): Ich möchte den Gedanken aufgreifen, den Herr Conradi in seinen einleitenden Aussagen unterstrichen hat, nämlich die Frage: Wie steigern wir Qualität, durch Wettbewerb, durch Diskussion über Entwürfe? Jetzt will ich nicht zu sehr ins Anekdotische gehen, aber da könnte ich jetzt als ehemaliger Kulturdezernent viele Geschichten von Auseinandersetzungen mit Planungsdezernenten erzählen. Die Frage, die mich beschäftigt und die von Ihnen hier auch als Impuls ausgelöst wurde: Es geht um die Gestaltung öffentlicher Räume und auch darum, wer diese Prozesse verantwortet. Es ist nicht nur der Baukörper, sondern auch das, was Frau Dr. Vollmer gerade beschrieben hat, es sind die sozialen Komponenten, die humanen Komponenten, die ökologischen Komponenten, die dahinterliegen. Es gibt Instrumente des Wettbewerbs, des städtebaulichen Wettbewerbs, des öffentlichen Diskurses. Ich wünschte mir, wir würden auch aus der Bundeskulturpolitik heraus unterstreichen, dass es eben eine öffentliche Debatte über bestimmte Komponenten der Ästhetik, des Bauens in öffentlichen Räumen gibt. Da kann man auch, wenn man es richtig anpackt, Investoren in die Verantwortung nehmen. Ich denke auch, das ist etwas, was man im Gegenstromverfahren gestalten könnte, dass wir es aus der Bundeskulturpolitik heraus unterstreichen und fördern und gleichzeitig diejenigen, die im nachgeordneten staatlichen Bereich des Konkreten agieren, immer wieder deutlich machen: Es kann nicht sein, dass jemand, der zufällig einen Künstler kennt und die Hand auf der Kulturstiftung einer Sparkasse hat auch bestimmt, dass der Brunnen des Künstlers an

diese Stelle kommt und dass keine Debatte über die ästhetische Komponente stattfindet. Das ist häufig vorzufinden und ich wünsche mir diesen Diskurs. Ich habe in den Aussagen von Herrn Conradi den Punkt vernommen, der Bund tut einiges, aber es sind unter dem Bauherren „Bund“ noch viele andere Bauherren, die sich noch nicht so verhalten. Aber es gibt öffentliche Debatten in den unterschiedlichen staatlichen Bereichen, die zu einer Qualitätssteigerung auch der sozialen und ökologischen Komponenten der Gestaltung öffentlicher Räume beitragen könnten.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Frau Vorsitzende. Das Gespräch, das hier stattfindet, ist ja dazu da, dass wir auch als Bauherr „Bund“, als öffentliche Hand, unseren Beitrag leisten, dass mehr Qualität in unseren Städten stattfindet, was hier insbesondere von Frau Dr. Vollmer angesprochen wurde. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir kämpfen jetzt ein Stückchen darum, wie wir das besser hinkriegen, denn das Gefühl, dass wir in der Vergangenheit oder heute noch zu viele Investorenprojekte und Auftraggeber haben und zu wenig Bauherren und Gebäude, die dann das Identitätsstiftende ergeben, das ist ja wahrscheinlich Konsens. Es bleibt nur die Frage, wie kommen wir da hin, wer übernimmt die Verantwortung, welche Rahmenbedingungen verhindern, dass es so ist, dass es leichter wird, so zu bauen. Ich will gar nicht sagen, ob die 2 Prozent für Kunst am Bau lieber in die Gesamtqualität des Gebäudes gesteckt werden sollten; das ist glaube ich, die falsche Alternative. Von Herrn Conradi ist ja die Frage von privaten Bauherren, von Public Private Partnership genannt worden. Das fände ich schon interessant, ob da Möglichkeiten bestehen, dass man die Verantwortung als Bauherr für die Qualität nicht am Computer bei der Bruttogeschosflächenberechnung abgibt und wie man es machen kann, dass Ausschreibungskriterien so gefasst sind, dass dann wirklich das Thema Qualität und Baukultur eine Rolle spielt. Wo sind also die Wünsche, die Sie an uns haben, was muss geändert werden, damit wir dem Ziel, das wir offensichtlich relativ einheitlich gemeinsam vertreten, ein Stück näher kommen. Das wäre schon eine spannende Frage, denn so einfach ist es ja nicht. Wenn man ein einzelnes Gebäude ausschreibt, eine ganze Stadt ausschreibt, wird es noch schwieriger. Ich glaube, dass es dann manchmal vielleicht schon leichter ist, Dinge zu rekonstruieren als die Lücken sinnvoll zu füllen. Was ich sehr unterstützen würde, ist, dass wir letztlich auch Kriterien dafür brauchen: Was ist identitätsstiftend, was hat über die Zeit hinaus Bedeutung?

Ein anderes Kriterium, der Denkmalschutz, wurde ja auch als Spannungsverhältnis angesprochen. Auch hier geht es ja sogar soweit, dass einige sagen, wer heute ein schönes Gebäude baut, hat in dreißig Jahren nur die Kosten. Man kann ja davon ausgehen, dass wir in dreißig Jahren nicht mehr das gleiche Denkmalschutzrecht haben wie jetzt. Aber, wenn da schon die Angst ist, etwas zu bauen, was man nicht mehr abreißen darf, und dann gar nicht mehr darüber nachgedacht wird, gut zu bauen, dann müssen wir uns doch fragen, wo liegen da die Aufgaben der Politik, was können wir da beitragen? Ich denke auch, dass gerade da, wo der Bundestag, Frau Dr. Vollmer hat es ja gesagt, den Mut hatte, sich einmal durchzusetzen und eine Kuppel auf den Reichstag zu fordern, das ja nicht schlecht war, durchaus eine Meinung zu haben, und das hat damit ja sogar zum Ruhm von Architekten durch die Politik beitragen. Ich würde schon auch für ein bisschen mehr Mut des öffentlichen Bauherrn plädieren und insbesondere auch für den Mut, was Rekonstruktionen angeht. Ich finde es zum Beispiel nicht gut, weil es hier von Frau Dr. Vollmer angesprochen wurde, dass aus dem Amt der Staatsministerin für Kultur und Medien immer nur kommt, wie man den alten Palast der Republik noch nutzen

kann statt sich in der Mitte der Hauptstadt darum zu bemühen, wie wir das, was wir beschlossen haben, auch umsetzen. Ich denke, man muss nicht alles aufbauen. Man kann sich ja bei der Paulinerkirche in Leipzig auch streiten, was da alles notwendig ist und was es kostet, ob das auch genutzt werden kann, was schon ein wichtiges Kriterium ist. Aber da, wo man ein paar Entscheidungen getroffen hat, finde ich, läuft die Debatte noch nicht so, dass ich das Gefühl habe, dass man damit zufrieden sein kann. Noch ein Wort zur Stiftung oder zu dem, was geplant ist. Herr Conradi, dazu vielleicht noch einmal eine Meinung von Ihnen. Ich habe die Berichterstattung vom Konvent relativ kritisch gelesen. Wenn man dort liest, dass der Bundespräsident gesagt hat, moderne Architektur vernichtet mehr Werte als sie schafft und die Architekten zur Tagesordnung übergehen, dann würde ich schon noch einmal fragen: Wie haben Sie das denn empfunden? Ist es Ihnen egal, oder stellen Sie sich dem gar nicht? Es war ja immerhin von relativ hoher Stelle doch ein ziemlich deutliches Wort.

Vorsitzende: Es gibt eine ganze Menge Fragen zu beantworten. Ich würde gern noch einmal in dieser Reihenfolge anfangen, wenn es recht ist. Herr Großmann, bitte.

PStS Achim Großmann (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen): Ich greife ein paar Anmerkungen auf, denn es ist sicherlich nicht möglich, auf alle Gesprächsteile einzugehen. Ich glaube, es ist klar geworden: Baukultur betrifft Neubau und Bestand. Da gab es immer wieder eine kritische Unterfragung, auch bei uns: Haben wir sie in den Texten gut platziert, ist es ausreichend geschildert worden? Wir haben das Thema sogar noch einmal in der Schlussdebatte über den kurzen Beratungstext diskutiert. Es ist völlig klar, Baukultur ist alles, es ist Bestand und Neubau, es ist gebaute Umwelt. Das bedeutet, dass es auch mehr ist als Hochbau. Es ist deutlich mehr, es ist alles, was mit Bauen in der Umwelt zu tun hat. Es ist wichtig, dass man das so definiert. Natürlich, auch das ist klar geworden, gibt es nicht nur Grund zu Jammern, dass alles schlecht gebaut worden ist. Auch das ist völlig klar. Da kann man schon, wenn man mit offenen Augen durch Berlin geht, auf engstem Raum feststellen, was es für gute und weniger gute Beispiele gibt. Ich will noch nicht einmal sagen, schlechte Beispiele, denn ich will es gar nicht herabwürdigen. Ich glaube, auch das ist eine ganz wichtige Positionierung. Ich habe von Anfang an, als wir den Prozess initiiert haben, fast in jeder Rede, die ich gehalten habe, in jedem Vortrag, gesagt, Baukultur ist für mich Stadtkultur, denn man kann es überhaupt nicht isoliert sehen. Bei den Berliner Architektentagen, als wir mehrfach die Gelegenheit hatten, uns zu treffen und dort eine Ausstellung zu eröffnen, habe ich immer das Thema architektonische Einzelleistungen gegen das Ensemble gestellt. Ich habe immer gesagt, beides hat eine Berechtigung. Das Einzelobjekt muss aber ins Ensemble passen, das heißt also, man muss immer aufpassen, dass man nicht zu fundamentalistisch oder zu ideologisch wird und eine Einzelleistung herabwürdigt. Es kann eine hervorragende Einzelleistung sein, die trotzdem ins Ensemble passt und es kann eine Lösung im Ensemble gefunden werden, die trotzdem grottenschlecht ist. Man muss sich sehr differenziert mit diesem Thema auseinandersetzen.

Man muss, wie Sennett es gemacht hat, darüber reden, dass Architektur oder Gebäude teilweise einen Währungswert wie Geld bekommen haben. Das ist das Thema „Skin-Architecture“, das heißt, dass man innen drin etwas Verwechselbares wiederfindet, das ist wie eine Währung, die man tauscht. Man kauft und verkauft Büroräume; die sind in London genauso geschnitten wie an allen anderen

Plätzen der Welt, und draußen hängt man eine Fassade davor. Dann kommt noch die Grundrissituation einer Stadt, eines Quartiers dazu: Wie spielt man, wie arbeitet man mit Enge und mit Weite? Was führt zu dem Ergebnis, dass man sich wohlfühlt? Dazu gehört beides, dazu gehört eine enge Gasse wie auch ein Platz, der sich öffnet. Wir haben in letzter Zeit zu wenig über die öffentlichen Plätze gesprochen. Da gibt es eine Bewegung hin zu mehr privaten Plätzen. Anna Rautenberg hat in der „Zeit“ vor ein paar Monaten die Diskussion einmal angerissen, dass öffentliche Plätze nicht automatisch etwas Gutes sind und private Plätze etwas Böses, weil wir natürlich wissen, dass viele öffentliche Plätze auch grottenschlecht sind. Auch das hat etwas mit Baukultur zu tun, genauso wie vielleicht eine private Lösung möglich ist, wo man sich sehr wohl fühlt. Dasselbe trifft für Rekonstruktionen zu. Ich weigere mich einfach, grundsätzlich zu sagen, eine Rekonstruktion ist gut oder eine Rekonstruktion ist schlecht. Sie muss sich aber in einem Wettbewerb stellen, man muss die Möglichkeit haben, in einem Wettbewerb herauszuarbeiten, was es für diesen Platz oder für diese Baulücke als Lösung gibt. Dann bin ich immer ein bisschen traurig, wenn man vorweg, bevor man also versucht, das auszutesten, schon der Meinung ist, die Lösung sollte es aber sein. In der Baukultur bedeutet es auch, dass man sich dem Wettbewerb stellt und dass man, wenn man eine Aufgabe hat - das ist ja auch in den vielen Anläufen für die Stadtmitte in Berlin gemacht worden - eine Lösung finden muss. Man muss sich einfach dem Wettbewerb stellen, auch eine Rekonstruktion muss sich dem Wettbewerb dahingehend stellen, ob nicht innovatives Neues, das gebaut wird, vielleicht doch die bessere Rekonstruktion für die Innenstadt ist - also die Maßstäblichkeit, die wir in der Innenstadt brauchen, was die städtebauliche Lösung anbetrifft. Ich plädiere dafür, dass wir in der Diskussion ganz offen sind und uns nicht so schnell in Gräben verschanzen und sagen, das eine ist gut und das andere ist schlecht. Es gibt, wenn man landauf und landab geht, in allen Städten ganz unterschiedliche Lösungen und Konzepte, und man wird feststellen, man kann sie nicht unter eine Überschrift bekommen. Das ist im Grunde genommen das Spannende daran, wie man mit Städtebau und Städten und auch mit Bauleistungen umgeht.

Beim Denkmalschutz, denke ich auch, müssen wir uns ein bisschen öffnen, wobei ich dann auch mit zu bedenken gebe, dass man in dem Fall „Sonnenkollektoren auf dem Dach in einem denkmalgeschützten Haus“ vielleicht auch überprüft, ob es eine innovative andere Lösung gibt, also eine Möglichkeit, eine Energiequelle außerhalb des Denkmalschutzgebietes zu geben, die trotzdem zu erneuerbaren Energien führt und diese Denkmalschutzhäuser mit Energie beliefern kann. Auch da muss man zunächst einmal sehr kreativ und sehr innovativ prüfen, was man machen kann. Dann muss man irgendwann in der Lage sein, bei einer Arbeitersiedlung, die ein sehr schönes Ensemble ist, zu sagen, wir brauchen aber die Möglichkeit des Anbaues, weil die Grundrisse für die heutige Familie einfach nicht mehr ausreichen. In der Realität haben diese Arbeitersiedlungen sehr oft sehr große Grundstücke, das heißt, man kann es sich auch leisten, das zu öffnen und diese Arbeitersiedlungen dann auch überlebensfähig zu machen, weil sie sich im Zuschnitt eben auch dem modernen Wohnen öffnen.

Zur Bundesstiftung, Frau Blank. Wir haben uns überlegt, dass wir zunächst einmal Geld sammeln. Das bedeutet, dass diejenigen, die auch als Architekten und Ingenieure Interesse an dieser Stiftung haben, aufgefordert werden sollen, sich finanziell an dieser Stiftung zu beteiligen. Es ist darüber hinaus daran gedacht, dass der Bund jährlich zustiftet oder dass wir vielleicht eine Chance haben, auch

das eine oder andere einmal als Zahlung zu leisten. Die Summe, die wir errechnet haben, die wir jährlich brauchen, ist eine Summe, die wirklich nur der Funktion als Kommunikationsstiftung dient. Das ist, glaube ich, ganz wichtig, dass wir uns nicht überheben, sondern dass wir etwas aufbauen, das realistisch ist, das aber dann trotzdem eine Tiefenwirkung hat. Das bedeutet, dass die Stiftung Diskussionsprozesse in Deutschland anstößt und aufrechterhält, die bundesstaatlichen oder europäischen oder internationalen Charakter haben. Unter dem Dach der Bundesstiftung, Herr Conradi hat schon darauf hingewiesen, beginnt vielfältiges Leben in den Ländern. Sie haben das in Bayern ergänzt. Ich will das ergänzen in Rheinland-Pfalz, da hat es vor ein paar Wochen den ersten „Runden Tisch“ gegeben, auch in Nordrhein-Westfalen gehen die Architekten in die Schulen. Die Länder müssen die Möglichkeit haben, das, was wir mit entfalten, auf die Länder herunter zu deklinieren; dann gibt es auch eine Herunterdeklination auf die Städte und Gemeinden. Das ist völlig klar, aber es muss jemand sein, der nach vorne stürmt, der sozusagen die Latte ziemlich hoch legt, die Diskussion führt, die Leute nicht in Ruhe lässt mit dieser Diskussion über Baukultur. Das ist ganz wichtig, dass die Bundesstiftung das leistet. Ich denke jetzt nicht an eine zu enge Verzahnung mit den Ländern, aber dass wir dann versuchen, das alles miteinander zu verknüpfen. Das kann vielleicht irgendwann einmal entstehen, aber wichtig ist, dass wir hier erst einmal mit dieser Möglichkeit beginnen und dass wir uns bei den Zielen nicht überheben, sondern dass wir im Auge haben, was wir wirklich leisten können.

Da gibt es natürlich dann vielfältige, das ist teilweise in einzelnen Wortmeldungen angerissen worden, andere Aufgaben. PPP ist angerissen worden. Da ich auch den Lenkungsausschuss PPP leite, habe ich da hineingeschrieben: Mittelstandskomponente, Qualität. Das muss alles diskutiert werden. Die Architekten sitzen jetzt mit im Lenkungsausschuss PPP, das haben wir gewährleistet. Das heißt also, wir versuchen, auch diese Prozesse zu verknüpfen; das halte ich für ganz wichtig. Ich habe das auch in Bonn bei der Diskussion gesagt, dass es zum Beispiel auch darum geht, was beim Verkauf städtischer Wohnungen passiert. Ist das nicht der erste Schritt in die Absenkung der Baukultur, nicht nur was die Daseinsvorsorge einer Stadt angeht, die sich von einem wichtigen Gut trennt, sondern weil man unter Umständen damit dann auch städtebauliche Entwicklungen aus der Hand gibt?

Zu Herrn Nooke, der gesagt hat, dass PPP-Lösungen immer zur Unkultur führen. Ich habe gerade in meinem Wortbeitrag versucht zu sagen, dass ich nicht ideologisch argumentiere. Es gibt beides. Wenn Sie sich viele Projekte anschauen, dann werden Sie feststellen, Sünden gibt es auf allen Seiten. Es ist ein völlig falscher Grabenkampf, in den wir uns jetzt im Moment einlassen, denn es gibt ganz viele Beispiele auf beiden Seiten, da müssen Sie immer nur das Etikett auswechseln. Fahren Sie einfach einmal mit mir durch die Bundesrepublik Deutschland, dann werden Sie feststellen, was es alles gibt. Ich komme gerade aus der Eröffnungsveranstaltung „Stadtumbau West“ aus Bremen. Schauen Sie sich da einmal die Investorenbrachen aus privaten Investitionen an, da raufen Sie sich die Haare. Da müssen wir also keinen besonders an den Pranger stellen, und dann fällt einem immer noch etwas aus der Vorkriegszeit ein.

Ich möchte noch etwas zum Gründerkreis sagen. Frau Dr. Vollmer hat das Buch hochgehoben, da geht es um die Preise. Wir haben uns einfach darauf beschränkt, dass wir uns die Mühe gemacht haben, auszusortieren, welche Preise eine bundespolitische Bedeutung haben. Dann ist dieses Sam-

melsurium zusammengekommen, das wir auch so wollten, weil wir einfach einmal zeigen wollten, welche Preise es überhaupt gibt. Denn schon ist auf dem Baukonvent die Diskussion entstanden: Brauchen wir die Preise alle, sind es die richtigen und fehlen noch welche? Selbst dieses Buch hat dazu beigetragen, dass wir auch darüber viel intensiver sprechen. Ich habe jetzt gerade meine Leute aus dem Haus gefragt, ob wir das zweite Buch dabei haben; leider nicht. Es gibt ein Buch des Gründerkreises, in dem Einzelne aus dem Gründerkreis Statements zu bestimmten Bereichen geschrieben haben. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass wir versuchen, dieses zweite Buch noch zu verteilen, weil das nämlich die ganze Breite der Diskussion darstellt. Da wird man feststellen, dass wir wirklich in der Vorbereitung des Baukonventes unheimlich viele verschiedene alternative Themen diskutiert haben und dass diese Baukulturdebatte eine ganz breite Debatte ist.

Jetzt habe ich das eine oder andere nicht erwähnt. Vielleicht noch als Letztes, Frau Blank. Wir haben für den Konvent 70 Bundestagsabgeordnete angeschrieben. Ich glaube, es waren drei oder vier da. Wenn wir in ein Land hineingehen, dann nehmen wir den Bauminister des Landes. Das heißt, wir sind nach Hessen gegangen, da haben wir Herrn Posch von der FDP, wir sind in ein B-Land gegangen, das heißt, das muss man machen. Wir nehmen, wenn man so will, den „häuslichen“ Bauminister, das war Herr Vesper. Wenn wir den Bundespräsidenten als Redner nehmen und den Bauminister, dann hat man eine Dreierbesetzung. Es hat kein Abgeordneter dort geredet und von daher denke ich, war es ein völlig unpolitischer Kongress.

Peter Conradi (Präsident der Bundesarchitektenkammer): Auf einige Fragen werde ich eingehen, aber zuvor, Herr Nooke, will ich hier noch daran erinnern, wie es zu der Kuppel kam, weil ich Beteiligter war. Die CDU/CSU-Fraktion hat in einer überraschenden Fraktionssitzung beschlossen, es müsse die Wallotsche Kuppel, also die historische Kuppel, wieder errichtet werden. Die FDP hat dann in der Baukommission im Ältestenrat erklärt, dass die Wiedererrichtung der historischen Kuppel nicht Gegenstand des Koalitionsvertrages sei. Dann haben wir eine Mehrheit aus FDP und Grünen gezimmert, und ich habe auch meine Fraktion dazu bekommen. Mit dieser Mehrheit aus FDP, Grünen und SPD gegen die CDU/CSU haben wir die Kuppel, die jetzt auf dem Reichstag ist, durchgesetzt. Das ist die historische Wahrheit, daran muss ich hier einfach erinnern. Der Architekt hatte eine andere Lösung, die ich bevorzugt hatte. Aber in der Politik ist Ihnen das ja auch schon so ergangen, dass Sie das, was Sie wollten, nicht bekommen haben, und dann nehmen Sie das Nächstbeste. Aber Sie haben jedenfalls gegen die Kuppel gestimmt, bis hinein in den Ältestenrat, das muss ich hier festhalten. Ich möchte keinen Streit anfangen, aber ich will hier nur den historischen Hergang schildern.

Fast alle Redner haben das Thema Denkmalpflege und Denkmalschutz angesprochen. Ich möchte Ihnen sagen, dass nach meiner Auffassung die Pflege des baulichen Erbes in Deutschland zurzeit in einer hochgefährdeten Situation ist. Die Denkmalämter werden in einer Art und Weise abgebaut und verlieren Personal, dass sie gar nicht mehr in der Lage sind, Baudenkmäler auch nur zu registrieren. Die Mittel werden gekürzt, d.h., eines der reichsten Länder in Europa und in der Welt ist dabei, seine baulichen Denkmäler zu vernachlässigen. Natürlich ist der Denkmalschutz, sind die Ämter oft lästig. Ich habe immer gesagt, sie sind die Advokaten des Baudenkmals. Am Schluss muss jemand abwägen und sagen, jawohl, das erhalten wir und das erhalten wir nicht. Manchmal ist das wirtschaftlich

unsinnig oder manchmal muss man Auflagen machen und sagen, das muss der Denkmalschutz zulassen. Der Denkmalschutz hat nicht von vornherein und immer Recht. Aber er ist der Sachwalter, der Advokat; er muss seine Sache vertreten. Ich plädiere sehr dafür, das ernst zu nehmen, was uns führende Leute aus dem Denkmalschutz, zum Beispiel Kiesow sagen, dass in Ostdeutschland Kirchen, Kapellen und Schlösser in einer Art und Weise verrotten und zugrundegehen, wie es eines Kulturstaates nicht würdig ist. Das sage ich hier in aller Deutlichkeit. Das gilt auch für die Baudenkmäler des 19. Jahrhunderts, etwa für die Industriebaudenkmäler, die ebenfalls des Schutzes bedürfen. Richtig ist, dass die meisten Baudenkmäler umgebaut, umgenutzt werden müssen. Das ist eine der zentralen Aufgaben der heutigen Architektur, der Umgang mit historischer Substanz. Wir haben fabelhafte Beispiele, ich denke etwa an Eichstedt, wunderbare Beispiele von umgebauten Baudenkmälern, die einer neuen Nutzung, nicht einer musealen Nutzung, zugeführt worden sind. Dass ich bei Nachbauten skeptisch bin, ist bekannt. Sie können mich noch so an der Zunge ziehen, ich werde hier zu den Berliner Fragen nichts sagen. Ich bin da nicht dogmatisch. Es gibt durchaus Gründe für Nachbauten, nur sind das dann in der Regel politische oder zeitgeschichtliche Gründe und keine künstlerischen Gründe. Das muss man dann aber auch belegen, was die Rekonstruktion politisch bedeuten soll.

Ich muss hier aber auch sagen, dass wir seit 1949 in Deutschland eine Reihe von Bauten gebaut haben, die in hohem Maße Identität gestiftet haben und Qualität haben. Es klingt hier gelegentlich so, als sei nur das identitätsstiftend, was vor 1800 gebaut worden ist. Die Gedächtniskirche von Egon Eiermann in Berlin ist ein moderner identitätsstiftender Bau geworden. Gottfried Böhms wunderbare Wallfahrtskirche in Neviges ist ein herrlicher Bau, auch Scharouns Philharmonie und seine Bibliothek in Berlin, die Olympiabauten in München, für die die Bevölkerung sich mannhaft eingesetzt hatte, als ein bayerischer Fußballclub und eine etwas willfährige Stadtregierung der Meinung waren, man könnte das Olympiastadion in München praktisch zerstören, oder der Plenarsaal in Bonn, der inzwischen - kurz nach Erbauung - unter Denkmalschutz gestellt wurde, weil er ein wirklich ausgezeichneter identitätsstiftender Bau dieser Republik ist. Der erste Plenarsaal ist zerstört worden, weil wir von ihm, hätten wir ihn denn - ich war daran beteiligt, nicht an der Zerstörung, an den Beschlüssen - erhalten wollen, nur die Konstruktion hätten erhalten können. Wir hätten die gesamte Außenhaut und Innenhaut erneuern müssen. Wir haben es ja in einem sorgfältigen Verfahren prüfen lassen, und das Land Nordrhein-Westfalen hat am Schluss zugestimmt. Ich will aber noch den neuen Landtag in Dresden nennen und die fabelhafte Pinakothek der Moderne in München. Also, auch das Bauen unserer Zeit, die Qualitäten gestiftet und Identität ermöglicht haben. Daran möchte einfach erinnern und es nicht nur auf Denkmäler früherer Zeiten beziehen.

Frau Blank hat nach dem Geld gefragt. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Architekten und Ingenieure auch bei der Stiftung, so wie bisher übrigens für die Initiative, Geld beibringen müssen. Das kann der Bund nicht alleine machen. Wir haben übrigens schon in den letzten zwei Jahren die Initiative und ihre Veranstaltungen durch Beiträge von uns mitfinanziert und wir werden das auch in Zukunft machen. Wir denken auch daran, dass jene, die die Preise stiften - wir haben ja die Preisträger von zahlreichen Architekturpreisen eingeladen - vielleicht einen kleinen Teil der Preise, und seien es nur fünf Prozent, in die Stiftung einbringen können. Sie ehren und loben sich ja selber damit. D.h., wir werden uns bemühen, dass das nicht nur eine von öffentlichen Geldern getragene Stiftung wird, son-

dern dass da auch privates Engagement drin ist. Wir denken daran, dass der Konvent - das muss das neue Präsidium, das dann gewählt wird, genauer ausformen - die Preisträger bestimmt, das war Karl Gansers Idee, die in der Stiftung sitzen. Wir hätten es sonst ja kaum machen können, wie hätten wir unter den 110.000 Architekten Deutschlands auswählen sollen, die hätten mich ja umgebracht. Also, deswegen haben wir gesagt, diejenigen, die in den letzten fünf Jahren bundesweite Architekturpreise bekommen haben, die nehmen wir als erste Besetzung des Konvents und dann laden wir noch einige dazu ein, die sich um Baukultur verdient gemacht haben. So ist der erste Konvent zustande gekommen, das war ein Versuch. Es ist einigermaßen gut gegangen, und wir werden natürlich in Zukunft über das Präsidium genauere Kriterien festlegen.

Ich bin sicher, Frau Vollmer, dass die Frage „Quartier, Ensemble, Öffentlicher Raum“ eine große Rolle spielen wird. Wir haben im letzten Jahr den Deutschen Architekturpreis dem Umbau des Festspielhauses in Recklinghausen verliehen, einem Umbau, weil wir das so toll fanden, was da durch heutige Architekten aus einem Bau der 60er Jahre gemacht worden ist, dass wir durchaus auch den Umbau einbeziehen wollen. Wir wollen auch keine Stiftung, die nur die Stars und die Highlights herausstellt. Das steht in jedem Feuilleton und in den Fachzeitschriften. Das ist nicht das zentrale Anliegen dieser Stiftung. Es geht durchaus um das, was wir Schwarzbrot nennen oder Alltagsarchitektur. Ich bin dieser Tage durch Kempten gefahren und dann ein Stück weiter die Iller entlang. In einem kleinen Dorf habe ich einen Wohnungsbau gesehen, bei dem ich gesagt habe, wir müssen einmal eine Tagung nur über normale, auch regionale Architektur machen. Nicht kitschig, sondern eine ganz hervorragende Spitzenleistung, die aber nie bekannt wird. Das hat ein unbekanntes Architekturbüro im Allgäu gemacht. Also, wir wollen nicht nur Stars herausbringen, sondern auch das, was täglich an guter Alltagsarchitektur geleistet wird. Auch Städtebau wird hineinkommen. Es gibt übrigens einen Städtebaupreis der früheren Bank für Gemeinwirtschaft, der heutigen SEB. Es gibt auch Städtebaupreise; das wird also mit eine Rolle spielen. Bei alledem möchte ich Sie bitten, unsere derzeitige Auffassung von dem, was schön ist, was wichtig ist, doch auch als geschichtlich und zeitbedingt zu verstehen. Als ich studiert habe, haben wir uns über den Jugendstil totgelacht. In den letzten zwanzig Jahren habe ich mich aber tapfer für Jugendstilbauten in meiner Stadt eingesetzt, um sie zu erhalten. D.h., was ich in den 60er Jahre gut fand, finde ich heute - vierzig Jahre später - nun nicht mehr so toll. Einiges von damals aber, etwa Gutbrods Liederhalle in Stuttgart, finde ich heute ganz wunderbar. Manches, das wir heute gut finden, werden unsere Nachfolger vielleicht nicht so toll finden und einiges, was wir heute nicht gut finden, finden sie vielleicht ganz toll. Wir sollten uns also der Zeitbedingtheit unserer Urteile bewusst sein.

Herr Nooke, sie haben nach den Kriterien für PPP gefragt. Ich meine, das ein Weg sein könnte, dass der öffentliche Bauherr, wenn er dann ein PPP-Projekt auf den Weg bringt, einen Wettbewerb veranstaltet und dass dann das Ergebnis dieses Wettbewerbs Vorlage ist für den P, den Privaten, der das dann macht. D.h., dass auf der Grundlage dann weitergeplant wird, dass dort eine Qualitätssicherung betrieben wird. Es gibt vielleicht noch andere Wege, aber sie haben völlig Recht, wenn sie nach den Bedingungen fragen. Da müssen wir uns etwas einfallen lassen, damit das nicht so aussieht wie die Einkaufszentren, von denen Frau Vollmer zu Recht gesagt hat, dass sie furchtbar sind. Im Übrigen, Frau Vollmer, ist das im Wesentlichen eine Frage des Baugesetzbuches. Da werden Sie ja noch in

diesem und im nächsten Jahr die Möglichkeit haben, durch entsprechende Regelungen - da bin ich dann gespannt, ob die Baukultur da durchschlägt - zu verhindern, dass im Außenbereich überall diese schrecklichen Massendinger gebaut werden. Die Kritik von Herrn Rau haben wir ernst genommen, und es ist zum Teil meine Kritik. Meine Kolleginnen und Kollegen in der Bauarchitektur sind nicht immer glücklich darüber, wenn man ihnen vorhält, dass auch viel Schreckliches und Falsches gebaut worden ist. Sie sagen übrigens, das sei im 19. Jahrhundert auch schon so gewesen, es seien auch da nicht nur Perlen gebaut worden. Aber das ist richtig und deswegen wollen wir ja auch diese Stiftung, um das Bewusstsein für gutes Bauen, für den Einfluss von guter Architektur, guter Ingenieurbaukunst auf das Leben der Menschen zu stärken. Wir haben Herrn Rau ja nicht geholt, damit er uns lobpreist, sondern gerade, weil wir wussten, dass er uns auch kritisieren würde. Dies ist ein Ansporn für die Stiftung.

Vorsitzende: Viele der Bauten, die wir heute sehr schön finden, sind zu der Zeit, als sie gebaut worden sind, teilweise unter schlimmen Bedingungen gebaut worden. Ich erinnere nur einmal an das sehr gerühmte Hafengeländerviertel in Hamburg, wo viele Menschen umgesiedelt bzw. herausgeworfen worden sind, damit die gebaut werden konnten - und heute ist es das In-Viertel.

Prof. Dr. Laurenz Demps (Humboldt-Universität, Berlin): Es ist natürlich schwierig, nach Herrn Conradi, der ja ein Meister im Schlusswort ist, etwas zu sagen. Aber ich will mich dabei ausdrücklich für das bedanken, was Herr Conradi über die Baudenkmäler gesagt hat. Ich bin jetzt eigentlich versucht, einen historischen Rekurs über Gotik und Renaissance zu halten, gerade nach dem Beispiel von Landshut. Ich will aber nur soviel sagen, dass die Pest und die Kanone am Ende der gotischen Zeit die Welt in eine Krise gestürzt haben, die wir heute nicht mehr sehen, die wir heute gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Warum sollen eigentlich hässliche Bauten nicht neben schönen Bauten stehen? Wenn wir unsere Städte, die nicht kriegszerstört sind, ansehen, ist es ein Werk von Generationen. Es ist ja Gott sei Dank so, dass wir alle fünf bis sieben Jahre eine neue Generation haben, die die Fragen ganz anders sieht. Insoweit bin ich für die Aufnahme dieses Gedankens in die Diskussion ganz besonders dankbar. Ich will vielleicht doch noch drei Momente in die Waagschale werden. Die Frage der Ensemble-Wirkung, die Frau Vollmer aufgeworfen hat, erscheint mir ganz wesentlich, aber ganz schwer durchsetzbar zu sein. Denn es entscheidet ja immer der Besitzer des Grundstücks über das, was gebaut wird. Man sollte das einfach nicht vergessen. Wenn ich bestimmte Bauten auf ihre Ensemble-Wirkung überprüfe, sagen wir einmal aus den 20er Jahren aus dem Wohnungsbau die Wohnungsbausiedlung Karl Legien, dann sind das natürlich Sachen, die auch heute ihre Wirkung haben. Aber wenn ich Scharouns Hallesches Tor sehe, das Stadt getötet hat, bin ich da anderer Meinung. Damit komme ich zur zweiten Bemerkung. Ich glaube, wir sollten eine sehr ernsthafte Diskussion über den Denkmalschutz führen, eine sehr, sehr ernste Diskussion. Wir müssen diese Diskussion führen, denn wir können es nicht zulassen, dass einerseits - ich schließe mich hundertprozentig Herrn Conradi an - die Dinge verfallen und dass wir andererseits das mit Prinzipienreiterei - nein, die darf es hier nicht geben - kaputt machen. Mir geht es immer um die Identität, um die gebaute Umwelt. Wenn die gebaute Umwelt an moderne Lebensbedürfnisse angepasst werden muss, müssen wir einen Kriterienkatalog aufbauen. Was muss man behalten? Zum Beispiel die Fassade, zum Beispiel die Trauf-

höhe, obwohl die ekelhafte Diskussion, die Herr Stimman geführt hat, ja nun am Pariser Platz auch nicht sehr glücklich geendet ist. Herr Stimman und ich, wir haben nichts gegeneinander. Das sage ich ihm auch, wenn wir uns sehen. Wir - und damit meine ich die Öffentlichkeit - müssen eine Diskussion führen: Was retten wir? Wofür und nach welchen Kriterien retten wir es?

Beim letzten Punkt schließe ich mich Herrn Conradi an. Ich glaube, dass es sogar schon Bauten gibt, die nach 1990 hergestellt worden sind und die bereits Denkmäler geworden sind. Wir haben einen zu engen Blick und denken sofort an die gotische Kirche. Den hat man in Berlin nicht, aber sie haben Recht, in Berlin denkt man an das 19. Jahrhundert, man denkt an Schinkel und andere. Wir müssen uns hier öffnen, die Gesellschaft und die Öffentlichkeit muss sich öffnen und das viel breiter wahrnehmen. Ich sagte das schon, die Städte sind Ergebnis der Bemühungen von Architekten und Stadtplanern über Generationen. Wir haben nun leider durch den Krieg diese riesenhaften Verluste. Bertold Brecht, ich möchte ihn hier zitieren, gefragt nach der Einweihung der Stalinallee, was er denn von den Bauten hielte, soll gesagt haben: „Das Schöne am Sozialismus ist, man kann alles wieder einreißen“. Ich will damit sagen, dass wir von manchem Abschied nehmen müssen. Wenn die Hallenser eine Bürgerinitiative gründen, Geld sammeln und von Schuttplätzen die Renaissance-Bauteile holen, dann kann die Politik sich meines Erachtens nicht dagegen stellen. Das geht nicht. Ich habe einmal als junger Oberassistent, als ich noch mit leuchtenden Augen in die Zukunft schaute, in einem Seminar die Frage gestellt: „In tausend Jahren, welches Baudenkmal steht dann für Deutschland?“ Ich kam auf den Kölner Dom; das ist mir politisch nicht sehr gut bekommen. Aber das Prinzip war, dass ich den Studenten beibringen wollte, dass man nachdenken muss, dass jede Generation dazubaut und dass dabei anderes verloren geht und dass man nach Kriterien suchen muss. Was ist denn so wichtig, dass es auch in hundert, zweihundert, in tausend Jahren für die Menschen noch wichtig ist. Ich glaube, das ist eine ganz verantwortungsvolle Aufgabe.

Vorsitzende: Ich habe noch drei Wortmeldungen und ein Frage. Wenn wir diese noch ganz kurz abhandeln könnten? Also, meine Frage ist: Wie weit spielt jetzt bei der Baukultur auch die Debatte über den halböffentlichen Raum, die ich jedenfalls vor 30 Jahren sehr intensiv gehört habe und die meiner Ansicht nach untergegangen und etwas aus dem Blick gekommen ist, eine Rolle? Wir sprechen immer über Gebäude, über Stadt-Ensembles und Städteplanung, aber die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit sich im öffentlichen Raum zu treffen oder zu Hause. Was ist mit den halböffentlichen Räumen? Spielen die in der Debatte eine Rolle?

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr (CDU/CSU): Ich möchte den letzten Punkt noch einmal aufgreifen, dass wir eine ganz intensive Diskussion über den Denkmalschutz benötigen. Ich glaube, das ist hier auch Konsens. Ich meine, die Zwischenrufe, die ich eben zur Stalinallee gehört habe, beweisen doch, dass da immer noch eine Diskussion im Gange ist. Nur wenn die Diskussion zu Ende gebracht worden ist, dann setzt man etwas als ganz absolut. Bei mir ging es einmal in der Nähe meines Heimatdorfes um den Erhalt einer Zisterzienserkirche, eines Klosters. Da wollte der Denkmalschutz unbedingt das, was da im 19. Jahrhundert an Farbanstrich hereingekommen ist, erhalten. Die anderen wollten, dass man weiter zurückgeht, weil die Zisterzienser nie mit Farbe gearbeitet haben. Da hat man sich für eines von beiden entschieden; dann ist das aber auch absolut im Anspruch und dann ist die Diskussion zu

Ende. Manchmal kann man dies nicht nachvollziehen - und zumindest das muss der Denkmalschutz auch begreifen, dass diese Nachvollziehbarkeit auch da drinnen ist. Ich bin mit Ihnen sehr einverstanden, wenn man sagt, in Halle will man etwas, dann sollte man das auch tun. Das, was Frau Griefahn hier zum Denkmalschutz gesagt hat, ist nach meiner Meinung auch wichtig. Wenn nun ganz Wolfsburg unter Denkmalschutz gestellt wird und man baulich nichts modernisieren kann – ich bin nun Wolfsburger Abgeordneter – dann muss man begreifen, dass hier auch übertrieben wird und dass man natürlich auch einmal hinterfragen muss, was da eigentlich passiert. Herr Conradi, ich gebe Ihnen zumindest Recht, dass die nachrekonstruierten Bauten manchmal auch ihre Probleme haben. Ich kenne in Braunschweig die alte Waage, die steht jetzt ganz isoliert da und man hat immer den Eindruck, da hat man einen sehr schönen Fremdkörper hingestellt. Wenn das ein Ensemble wäre, dann könnte ich verstehen, dass man die alte Waage dort wieder hinstellt, aber da das überhaupt nichts mit einem Ensemble zu tun hat, sondern die anderen Bauten alle ganz anders sind, empfinde ich es ein bisschen wie einen Fremdkörper. Nach meiner Meinung hat man sehr viel Geld investiert ohne wirklich den Effekt zu haben, das es identitätsstiftend ist. Bei mir löst es zumindest an der Stelle keine Identität mit Braunschweig aus. Deshalb glaube ich schon, dass man auch immer wieder diesen Dialogprozess benötigt.

Herr Großmann, eines wollte ich noch zu Ihnen sagen. Als ich dazwischen gerufen haben „Neue Heimat“, meinte ich das nicht negativ. Ich wollte daran nur festmachen, dass man seinerzeit manches für richtig gehalten hat, von dem man heute feststellt, dass es total verkehrt ist. Ich würde gerne einige der Reden hervorkramen wollen und das verbreiten, was man damals bei der Einweihung mancher Stadtteile gesagt hat. Herr Conradi hat mir etwas den Wind aus den Segeln genommen, weil er gesagt hat, er hätte einiges in den vergangenen Zeiten für gut empfunden, was er heute als nicht mehr so gut empfindet und einiges, was er damals für nicht gut empfunden hat, wie Jugendstil, würde er heute als exzellent empfinden. D.h. ja auch, dass die Geschmäcker sich ändern und dass man manchmal mit dem Geschmack, den man gestern gehabt hat, heute gar nicht mehr leben kann. Deshalb warne ich jetzt davor, zu stark vereinheitlicht - ich habe das hier auch nicht herausgehört, möchte es aber dennoch noch einmal sagen - über Baukultur zu diskutieren, weil wir uns da ein Stück Vielfalt bewahren müssen. Denn sonst bauen wir da überall in einer ganz bestimmten Richtung, und entdecken im Nachhinein - man erkennt ja die Irrtümer, die man in einer Zeit gemacht hat, vielleicht erst in anderen Zeiten -, dass man, wenn man das so vereinheitlicht sieht, da auch sehr viel Unfug gemacht hat und den Unfug auch noch sehr stark verbreitet hat. Was mir gut gefallen hat, Herr Conradi, ist, dass man diese Beispiele auch stärker herausstellen muss. Das ist das, was Sie über das Dorf bei Kempten gesagt haben. Ich glaube, wenn man jetzt will, dass auch im privaten Bereich qualitätsgerechter gebaut wird, dann sollte man diese Beispiele auch herausstellen. Ich glaube, wir kommen mit den grünen Wiesen auch nur dann einigermaßen zurecht, wenn da nicht diese Abrisskultur ist. Da wird ja heute ein Kaufhaus hochgezogen und morgen wird es wieder abgerissen. Wenn man es nach fünf Jahren schon wieder abreißt, weil da erst ein MöMa ist und dann nachher ein anderer Möbelfritze, dann ist das natürlich nur für fünf Jahre gebaut. Aber für fünf Jahre können wir nicht vernünftig bauen, wenn man allein einmal überlegt, wie viele Jahrhunderte man gebraucht hat, um den Kölner Dom wirklich hochzuziehen. Ich glaube, man braucht dann auch, wenn man qualitätsgerechter bauen will, eine gewisse Zeit, in der der Bau noch existent ist. Aber - und da möchte ich mich den Komplimenten

an die Initiatoren anschließen, Herr Conradi, Sie sind ja hier mehrmals erwähnt worden und es sind ja auch noch einige andere erwähnt worden - ich finde es gut, dass diese Initiative gestartet ist. Es mag dann nicht immer die qualitätsgerechten Bauten über längere Zeiten bringen, aber ich glaube, dass man diese Diskussion miteinander führen muss. Ich glaube, Dr. Köhler, mein Vorgänger, war auch bei der Kuppel mitbeteiligt, aber dazu, wer da was initiiert hat, möchte ich hier nur generell einmal feststellen, dass die Demokratie manchmal auch nicht der schlechteste Auftraggeber für Bauten gewesen ist. Ich glaube, man sollte auch, wenn man diese Initiative jetzt fortsetzt, durchaus die Politik mit einbringen, weil sie ja auch mitgestaltet, enorm mitgestaltet. Sie muss, glaube ich, von den Architekten etwas lernen, aber vielleicht können die anderen auch von der Politik etwas lernen. Herr Conradi, Sie haben ja schon auf beiden Schultern getragen, im Grunde genommen sind Sie ein hervorragendes Beispiel dafür.

Wolfgang Spanier (SPD): Es ist gut, dass offensichtlich das Parlament fast geschlossen, ja einheitlich, diese Initiative unterstützt. Wir sollten auch die Stiftung unterstützen. Über Details wird ja noch zu reden sein, da sind ja noch die Überlegungen im Fluss, aber diese Institutionalisierung halte ich für sehr wichtig. Das ist deswegen aus der Sicht der Städtebau- und Wohnungspolitik so wichtig, weil wir in der Städtebau- und Wohnungsbaupolitik doch in einer Umbruchphase, vor einem Paradigmenwechsel stehen - ökonomische Veränderungen und vor allen Dingen die schrumpfende Stadt oder, positiv gesagt, die kompakter werdende Stadt. Da müssen wir, glaube ich, diese kulturellen Aspekte unbedingt miteinbeziehen. Das Baugesetzbuch ist bereits genannt worden. Wir haben ja gelernt, dass wir ökologische Aspekte stärker berücksichtigen müssen. Es ist aber auch wichtig, dass wir die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen hinbekommen für einen sinnvollen Umbau der Städte, der in den neuen Ländern nicht nur als Abriss verstanden werden darf, sondern als Aufwertung und der in den alten Ländern genauso notwendig ist - die ersten Projekte laufen ja bereits. Von daher ist es wichtig, dass wir das auch im Baugesetzbuch berücksichtigen und verankern. Es ist sozusagen ein Querschnittsthema, das wir berücksichtigen müssen. Nun gehören aber auch, wenn wir so einheitlich über die Qualität des Bauens diskutieren, Aspekte wie Vergabeordnung mit hinein. Das müssen wir alles mit im Hinterkopf behalten, weil das Themen sind, die wir in den nächsten Wochen und Monaten ja durchaus diskutieren und die man nicht nur aus einer Perspektive betrachten sollte. Alle im Raum wissen, wie ich das meine. Das ist mir persönlich sehr wichtig und deswegen ist diese Initiative für uns in dieser Situation des Paradigmenwechsels der Städtebau- und Wohnungspolitik durchaus von Bedeutung, weil eben nicht nur das Einzelobjekt gesehen werden darf und nicht nur die ästhetisch gestaltete Fassade, sondern weil es in der Tat, wie es Herr Großmann gesagt hat, um ein Stück Stadtkultur geht. Wenn wir die europäische Stadt, wie wir das in Sonntagsreden, in feierlichen Reden immer beschwören, erhalten wollen, dann sehen wir hautnah, wie schwierig das in den neuen Ländern ist und wir werden das auch zunehmend stärker in den alten Ländern sehen. Von daher sollten wir das nicht nur parlamentarisch begleiten, sondern voll unterstützen und unseren Beitrag für die gesellschaftspolitische Debatte, die damit zusammenhängt, unbedingt leisten.

Vorsitzende: Ich bin ganz dankbar, dass hier auch Vertreter aus dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sind, so dass die Anregungen, die hier aus dem Kulturausschuss gegeben wer-

den, auch in die Debatten um die Bauordnung und die Vergabeordnung aufgenommen werden können. Die Frage ist nur, können wir von den Gästen noch einmal eine knappe Antwort auf die noch offenen Fragen bekommen?

Peter Conradi (Präsident der Bundesarchitektenkammer): Ich fände es wunderbar, wenn dieser Ausschuss, auch mit den Kollegen aus dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, das Problem der Denkmalpflege hier einmal einer ernsthaften Debatte oder Anhörung unterziehen würde. Wir könnten mit Ihnen - ich spreche nicht für den Denkmalschutz, da habe ich kein Mandat, aber Sie würden mit Sicherheit eine Reihe von fachkompetenten Kollegen finden - auch über Umnutzung, neue Umbauten von Denkmälern, den Umgang mit Baudenkmalern und über die Schwierigkeiten der Denkmalpflege sprechen. Ich glaube, das wäre auch ein Schritt hin zur Baukultur.

PStS Achim Großmann (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen): Ich habe mich am meisten darüber gefreut, dass die Diskussion gezeigt, dass wir, wenn wir intensiv miteinander diskutieren, auch differenziert diskutieren. Das ist ein wichtiger Teil meines Credo zur Baukultur - differenzierte Betrachtung. Deshalb nur zwei Stichworte: Herr Ronsöhr hat völlig Recht. Es gibt Großsiedlungen, die wir auf den Stand des heutigen Wohlfühlens bringen müssen. Stadtumbau West unter anderem Bremen-Tennewer, da gibt es eine Erschließung für PKW's, für Motorräder und Fahrräder auf der Ebene Null und dann gibt es sechs Meter hoch darüber eine Erschließung für die Fußgänger und für die Kinderwagen. Alles völlig falsch geplant, das war damals das Nonplusultra der Städtebaumoderne. Jetzt müssen wir mit Geld darangehen, um das wieder auf menschliche Maßstäbe zurechtzurücken. Es gibt aber auch die Großsiedlungen, die funktionieren, wo wir kaum etwas machen mussten. Fahren Sie einmal nach Nancy, da werden sie feststellen, es gibt guten und schlechten Jugendstil. Also, es lebe die Differenzierung.

Vorsitzende: Ich bedanke mich für dieses doch sehr anregende Gespräch und auch für die Teilnahme der Kollegen aus dem Verkehrsausschuss. Ich hoffe, dass wir in Kooperation zwischen den beiden Ausschüssen die nächsten Schritte machen und die Idee des Denkmalschutzes noch einmal aufgreifen. Herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr

Monika Griefahn, MdB

Vorsitzende